



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING

Schwerpunktthema: Coronavirus – die unsichtbare Gefahr

ab Seite 3

Künstliche Intelligenz

Sie verändert alle Lebensbereiche. Das Forum "Menschenwürdige Wirtschaftsordnung" konzentrierte sich auf ethische Fragen. Die Ringvorlesung zur „KI“ fand im Netz statt.

ab Seite 20

Digitalisierung

Die Digitale Transformation ist ein offener Prozess, der aktiv politisch gestaltet werden kann und muss – auch mit Folgen für alle Schularten und -fächer.

Seite 24

Welt in Unordnung

Die aktuelle Lage der internationalen Beziehungen ist gekennzeichnet durch neue Formen hybrider Kriege und wechselnde, instabile Koalitionen.

ab Seite 26

Blick über den See

Inhalt

CORONA-PANDEMIE

- 3** Wann Gesundheit ein Sicherheitsthema ist
- 6** Die Corona-Krise als Bewährungsprobe für Rechtsstaat und Föderalismus
- 10** Medienqualität in der Corona-Krise
- 12** Nährboden für Sumpfb Blüten

MEDIEN

- 17** Wenn der Kollege Roboter die Nachrichten schreibt...
- 19** Ethische Aspekte der neuen digitalen Medienwelt

KÜNSTLICHE INTELLIGENZ

- 20** Neue Technologien human gestalten
- 22** Allgegenwärtig und vielfältig

DIGITALISIERUNG

- 24** Wenn YouTube ins Klassenzimmer kommt
- 25** Neue digitale Angebote der Akademie

INTERNATIONALE POLITIK

- 26** Welt in Unordnung
- 28** Neue Forschungen zur NATO-Osterweiterung

EUROPA

- 29** Den Osten im Blick

KLIMAPOLITIK

- 32** Klimaschutz als globale Herausforderung

POLITISCHE THEORIE

- 34** Bürokratie als Freund oder Feind?

WISSENSCHAFTSPOLITIK

- 36** Frauen in der Wissenschaft

AKADEMIE INTERN

- 27** Personalverzeichnis
- 27** Impressum
- 37** Bauhelm-Mission
- 37** Namen – Nachrichten
- 38** Neuerscheinungen
- 39** Termine
- 40** Namen – Nachrichten



Was bleibt vom Akademiebetrieb, wenn wegen der Corona-Krise keine Tagungen stattfinden dürfen? Wir sind froh, dass wir diese Frage auf vielfältige Weise beantworten können. Zweck unserer Akademie ist es laut dem Akademiegesetz, „die politische Bildung in Bayern auf überparteilicher Grundlage zu fördern und zu vertiefen“. Sie „dient dabei der Festigung des Gedankengutes

der freiheitlich-demokratischen Staatsordnung“. Diese Aufgaben sind in Zeiten der Pandemie wichtiger denn je: Schließlich stellen sowohl die Beschränkung unserer Grundrechte als auch die ökonomischen und sozialen Folgen der Pandemie riesige Herausforderungen an unser politisches System, den Rechtsstaat, die Wirtschaft und die Gesellschaft insgesamt. Politische Bildung ist also kein Luxus, sondern systemrelevant.

Und so befassen wir uns derzeit nicht nur mit der Konzeption und Organisation von Tagungen für die Zeit „nach Corona“, sondern wir betreiben all das noch intensiver, was ohnehin zum Aufgabenbereich des wissenschaftlichen Kollegiums gehört: Wir arbeiten an wissenschaftlichen Publikationen und Forschungsprojekten. Politische Bildung lebt, das war den Gründern der Akademie wichtig, vom Zusammentreffen und vom Austausch verschiedener gesellschaftlicher Gruppen. In „normalen“ Zeiten spielen virtuelle Formate bei uns deshalb nur eine nachgeordnete Rolle. In Zeiten der Pandemie muss das anders sein. Sie können auf der Webseite der Akademie nicht nur in den „Werkstattgesprächen“ hören, woran wir derzeit arbeiten. Hören können Sie ebenso den neuen Podcast „Akademie fürs Ohr“.

Auch dieser Akademie-Report unterscheidet sich von früheren Ausgaben: Neben dem Bericht über Tagungen, die erst wenige Wochen vergangen sind und sich dennoch wie die Erzählung aus einer anderen Zeit lesen, wollen wir Ihnen einen kleinen Eindruck vermitteln, welche Themen Corona auf unsere Schreibtische gespült hat.

Anders als beim normalen Tagungsbetrieb begegnen Ihnen in unseren digitalen Formaten überwiegend die Mitglieder des wissenschaftlichen Kollegiums. Wenn kein Tagungsbetrieb stattfinden kann, sind die anderen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie zwangsläufig weniger sichtbar als sonst. Aber sie bleiben alle unverzichtbar: für die Arbeit der Akademie und für den Austausch mit Ihnen.

Deshalb grüßen Sie in dieser Ausgabe nicht die Direktorin allein, sondern das gesamte Team der Akademie für Politische Bildung.

Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Wann Gesundheit ein Sicherheitsthema ist

von Dr. Anja Opitz

In den Zielen für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen (Sustainable Development Goals) wird Gesundheit als ein für alle Menschen essentielles Gut definiert, und zwar unabhängig von Geschlecht, Geographie oder Status. Die aktuelle COVID 19-Pandemie stellt Staaten und Gesellschaften auf allen Kontinenten gleichermaßen vor eine enorme Herausforderung. Und sie betrifft nicht allein die Gesundheitssysteme. Die komplexen Auswirkungen von COVID 19 wirken sich auf nahezu alle Bereichen staatlichen und gesellschaftlichen Zusammenlebens aus.

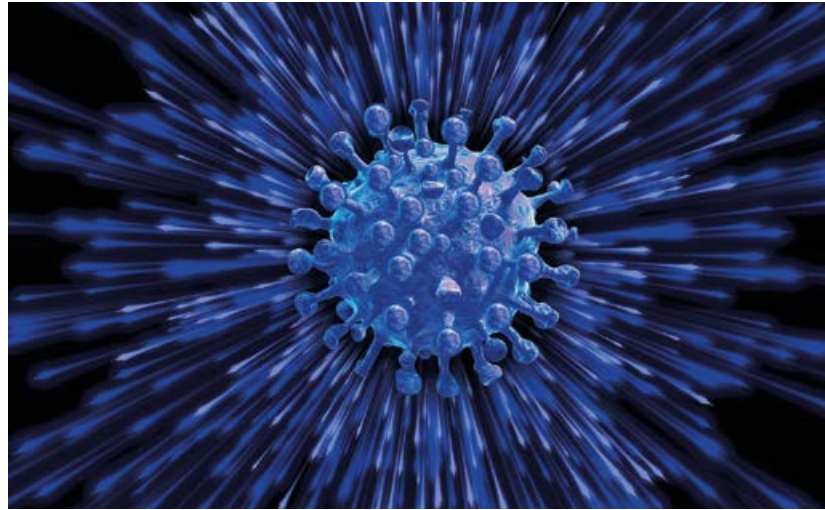
Gesundheit und Sicherheit

Ein wirksamer Schlüssel zur Bekämpfung von Infektionskrankheiten ist ein stabiler und wirksamer Gesundheitssektor: Dazu gehört die Einrichtung einer allgemeinen Gesundheitsversorgung, einschließlich dem Zugang zu grundlegenden Gesundheitsdiensten. Daher zielen alle globalen Entwicklungsinitiativen, denen die Internationalen Gesundheitsvorschriften (International Health Regulations) zugrunde liegen, auf die Investition in und die Stärkung nationaler Gesundheitssysteme ab.

Vor diesem Hintergrund widmet sich ein sicherheitspolitischer Zugang zum Thema Gesundheit – unter Zugrundelegung eines erweiterten Sicherheitsbegriffs – ganz spezifischen Problemstellungen: Etwa 50 Prozent der nicht erreichten Gesundheitsziele zeigen sich in fragilen Staaten und Gesellschaften, die von Konflikten und Kriegen betroffen sind. Letztere tragen ganz grundsätzlich zu einer Verschlechterung der allgemeinen Lebensbedingungen bei und erschweren zum Beispiel den Zugang zu sauberem Trinkwasser. Statistisch gesehen stirbt nur ein Bruchteil der Menschen an den Folgen direkter Kampfhandlungen. Vielmehr können keine oder kaum Notfallbehandlungen dort durchgeführt werden, wo sie den Unterschied zwischen Leben und Tod ausmachen, da es an medizinischem Personal, an Medikamenten, an Ausrüstung und an Krankenhäusern fehlt.

Krankheit als Waffe

Dies darf nicht einfach als Kollateralschaden deklariert werden. Es ist mittlerweile ein strategisches Mittel des Krieges geworden. Insbesondere der Krieg in Syrien fungiert als ein prägnantes Beispiel für eine gewollte Zerstörung der Gesundheitsinfrastruktur und der Ermordung von Gesundheitspersonal mit dem Ziel, der Gesellschaft nachhaltig zu schaden.



© GERD ALTMANN/PIXABAY.COM

Ein weiteres Beispiel für eine strategisch gewollte Schwächung des Gesundheitssystems ist die Ebola-Epidemie 2018 bis 2020 in den von gewaltsamen Konflikten geprägten nördlichen Provinzen Kivu und Ituri der Demokratischen Republik Kongo. Obwohl 2018 erstmals ein Ebola-Impfstoff vorhanden war, erschwerten politisch motivierte Übergriffe gegen Mitarbeiter von Hilfsorganisationen und Gesundheitspersonal die medizinisch notwendigen Maßnahmen. Hinzu kamen die Unfähigkeit des Staates, ein Gewaltmonopol durchzusetzen, der fehlende politische Wille zu notwendigen Reformen des Sicherheitssektors und der Mangel an local ownership, die dem Volk verpflichtet war. Dies schürte das Misstrauen der Bevölkerung in staatliche Institutionen und führte zur massiven Verbreitung von Desinformationen.

Koordiniertes Handeln

Aufgrund der zunächst epidemischen Ausbreitung des neuartigen Coronavirus SARS-CoV-2 in der Volksrepublik China und aus Sorge um Staaten ohne leistungsfähige Gesundheitssysteme rief die Weltgesundheitsorganisation (WHO) am 30. Januar 2020 eine gesundheitliche Lage internationaler Tragweite aus. Dieser Schritt untermauerte die Notwendigkeit eines sofortigen koordinierten Handelns der von der Epidemie betroffenen Länder. Zugleich ermöglichte er, zeitlich befristete Empfehlungen auszusprechen, die zur Minderung und Verhinderung einer grenzüberschreitenden Ausbreitung der Atemwegserkrankung COVID 19 beitragen sollten. In diesem Kontext ist auch die Entscheidung der WHO zu sehen, COVID 19 am 11. März 2020 zu einer globalen Pandemie zu erklären. Es ist die erste Pandemie seit der Pandemie H1N1 in den Jahren 2009/2010, die umgangssprachlich als Schweinegrippe bekannt wurde.

Internationales Krisenmanagement und COVID 19

Welche Maßnahmen zur Eindämmung von COVID 19 setzte die Europäische Union um?

In der EU gibt es keine einheitliche globale Gesundheitsstrategie, die sich über alle Bereiche des jetzt notwendigen Krisenmanagements erstrecken könnte. Vielmehr obliegt es der Souveränität der Mitgliedstaaten der EU, solche Konzepte – Pandemiepläne beispielsweise – zu erarbeiten. Daraus resultieren unter anderem unterschiedliche Standards in der Verfasstheit der Gesundheitssysteme oder verschiedene Ansätze für den Einsatz und die Durchführung von Testverfahren für COVID 19 und grundsätzlicher Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie.

Dennoch verfügt die EU über einen sektorenübergreifenden und integrierten Krisenreaktionsmechanismus, den die kroatische Ratspräsidentschaft am 2. März 2020 vollständig aktiviert hat. Der Mechanismus ist ein inhärenter Baustein der EU-Solidaritätsklausel und verfolgt drei Ziele des Krisenmanagements: die Optimierung des Informationsaustausches zwischen den EU-Mitgliedstaaten und die Koordinierung der Krisenreaktion auf politischer Ebene. Im Zentrum dieses Instruments stehen neben einer Rund-um-die-Uhr-Lageanalyse und der für die Mitgliedstaaten zur Verfügung gestellten digitalen Plattform zum Austausch dieser Informationen regelmäßige Krisentreffen, die alle notwendigen Akteure an einem Tisch vereint: Das sind nicht nur die politischen Akteure Europäische Kommission, der Ausschuss der Ständigen Vertreter der Mitgliedstaaten, das EU-Parlament, der Europäische Auswärtige Dienst und der Europäische Rat, sondern auch Institutionen wie die zivile und die militärische Direktion für Krisenmanagementplanung.

Der Umgang mit Pandemien ist nicht neu. Was können sich europäische Staaten von Eindämmungsstrategien etwa gegen Ebola oder SARS abschauen?

Hier gibt es drei Aspekte: Zum einen liegen mittlerweile gute Kenntnisse darüber vor, dass das schnelle Agieren und die Reaktion jener Länder, die Erfahrungen etwa im Umgang mit SARS haben, die Gesundheitssysteme nicht so stark an die Grenzen gebracht haben, wie das in einigen europäischen Staaten der Fall war. „Flatten the curve“ zur Eindämmung ist ein bewährtes Mittel, um dem betroffenen Staat genug Zeit zu verschaffen, geeignete weitere Mechanismen als Reaktion auf eine Gesundheitskrise umzusetzen. Die WHO greift auf diese Erfahrungen zurück und fordert daher das konsequente Ineinandergreifen von Regulierung und Eindämmung.

Zweitens sieht man bereits jetzt einen Lerneffekt für europäische Staaten: Politik und Risikokommunikation muss in einer Gesundheitskrise ein Stück weit aus ih-

rer Komfortzone heraustreten. Das wichtigste Mittel für eine erfolgreiche Eindämmung von Epidemien und Pandemien ist das Vertrauen der Bevölkerung in Maßnahmen, die seitens der Regierungen oder von Hilfsorganisationen gesetzt werden. Das war essentiell in der Bekämpfung von Ebola, das ist essentiell in der Bekämpfung von Polio und ist es nun für COVID 19. Die Menschen müssen sachlich über die Gefahren, die von derartigen gesundheitlichen Bedrohungen ausgehen, informiert werden, damit sie die entsprechenden Maßnahmen nicht nur nachvollziehen können, sondern diese auch mittragen.

Drittens müssen die Mitgliedstaaten der EU konsequenter am Verständnis darüber arbeiten, dass Epidemien oder Pandemien nicht nur den Gesundheitssektor, etwa die Intensivkapazitäten der Krankenhäuser oder der regionalen Gesundheitsämter betreffen, sondern in alle Bereiche des gesellschaftlichen Zusammenlebens und staatlichen Systems hineinwirken. Beispielhaft dafür sind der aktuelle Ausfall von Unterricht und Vorlesungen an Schulen und Universitäten, der zeitweise Zusammenbruch der Börsen, die Gefahr einer Rezession oder die komplette Einstellung kultureller Veranstaltungen, was ebenfalls einen massiven Wirtschaftsfaktor ausmacht.



Die Flagge der Weltgesundheitsorganisation WHO
© WHO

Welche Wechselwirkungen entstehen auf der Ebene der internationalen Beziehungen?

Die Europäische Union, die USA, Russland, China oder die Staaten des Mittleren und Nahen Ostens sind derzeit massiv in die Eindämmung der Pandemie eingebunden. Es könnte sein, dass dieses Momentum für geostrategische Zwecke oder außenpolitische Richtungswechsel genutzt wird. Die Auswirkungen von COVID 19 auf das internationale Staatsgefüge und mögliche Verschiebungen der Machtverhältnisse bleiben dennoch abzuwarten, denn Pandemien haben eine ganz eigene Funktionslogik.

Dennoch zeichnet sich ab, dass Staaten unter Berufung auf einen Notstand versuchen, Oppositionsrechte massiv einzuschränken oder gar auszuhebeln oder demokratische Strukturen zu untergraben. Im Falle Ungarns bedeutet das eine destabilisierende Wirkung innerhalb der Europäischen Union. Eine andere Tendenz sind Wortspiele, den neuartigen Coronavirus als „China-Virus“ oder „Wuhan-Virus“ zu bezeichnen und die Zahlungen an die WHO mit dem Argument auszusetzen, sie habe diesen Virus vertuscht. Eine derartige Politik hat das Potential, international zu Vertrauensverlusten beizutragen, die sich auf das politische Geschehen nachhaltig auswirken können.

Krisen sind immer auch Chancen. Was wird sich aus heutiger Sicht am stärksten nach der Krise verändert haben?

Internationale Konferenzen wie die Münchner Sicherheitskonferenz oder der World Health Summit in Berlin thematisierten die potentiellen Gefahren durch Pandemien oder dem Aufkommen einer „Disease X“ – einer Infektionskrankheit mit einem völlig unbekannten Erreger – seit Jahren. Dennoch waren viele Staaten der EU auf diese Massenslagen, die Epidemien regional hervorrufen, nicht ausreichend vorbereitet. Ein Lerneffekt wird daher die Erkenntnis sein, dass Epidemien nicht nur den afrikanischen oder asiatischen Kontinent betreffen. Bill Gates formulierte es prägnant so: „Die Welt muss sich auf Pandemien genauso ernsthaft vorbereiten wie auf einen Krieg.“ Das be-

deutet, dass die Mitgliedstaaten der EU gezwungen sind, nach der Pandemie einen sachlich und fachlich fundierten Prozess zu erarbeiten, der vor allem auf präventive Maßnahmen zur Eindämmung und Steuerung einer potentiellen Pandemie abstellt, um entsprechende Folgeschäden zukünftig zu minimieren.



Bill Gates warnte auf der Münchner Sicherheitskonferenz 2017 schon vor Pandemien.

© Kuhlmann/MSK/CC BY 3.0 DE

Die aktuelle Situation zeigt, wie flexibel Gesellschaften, aber auch die Wirtschaft, auf die Krise reagieren und mit welchem Innovationspotential neue Wege gegangen werden. Diese Erkenntnisse sollten genutzt werden, um anderen Herausforderungen wie dem Klimawandel oder der Digitalisierung zu begegnen und erforderliches Handeln nicht den nächsten Generationen zu überlassen.



HOME OFFICE

© TOMICEK

Die Corona-Krise als Bewährungsprobe für Rechtsstaat und Föderalismus

Die Corona-Pandemie fordert Politik, Wirtschaft und Gesellschaft auf vielfältige Weise heraus. Werden Rechtsstaat und Föderalismus der Krise gewachsen sein?

von Prof. Dr. Ursula Münch

Die Abfolge krisenhafter Entwicklungen scheint sich zu beschleunigen: Bankenrettung, Währungspolitik, Fluchtursachen und Flüchtlingsaufnahme, Erderwärmung, Bedrohung der Artenvielfalt, politisch oder religiös motivierter Extremismus und Terrorismus – jedes dieser Stichworte steht für krisenhafte Zuspitzungen. Und jedes dieser Phänomene hätte als Herausforderung für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft schon allein völlig ausgereicht.

Und wie aus dem Nichts kommt zu all dem etwas hinzu, das so bedrohlich erscheint und wohl auch ist, dass es die öffentliche, ökonomische, politische und private Themensetzung mindestens für das Jahr 2020 völlig umwirft: Eine Pandemie, also eine sich weltweit und enorm schnell ausbreitende Epidemie, stellt Staaten, Gesellschaften, die Wirtschaft und Individuen vor Probleme und Entscheidungen, die zumindest „der Westen“ seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht kannte. Und damit verbinden sich seit Beginn der Krise mehrere keineswegs rhetorische Fragen: Werden erstens unsere demokratische Ordnung und ihre verschiedenen Teilsysteme, zweitens das politische Führungspersonal und drittens die Europäische Union, aber auch das gesamte multilaterale System, dieser massiven (gesundheits-)politischen und ökonomischen Krise gewachsen sein?

Andockstellen für Populisten

Es wäre fahrlässig, aus dem sich in Meinungsumfragen im Frühjahr 2020 abzeichnenden Aufwärtstrend für die Große Koalition und vor allem die Unionsparteien, dessen Beständigkeit jedoch höchst ungewiss ist, die Schlussfolgerung zu ziehen, der Vertrauensverlust in die Politik und vor allem in die Volksparteien sei lediglich ein vorübergehendes Phänomen gewesen. Es trifft zwar grundsätzlich zu, dass Krisenzeiten die Regierenden stärken. Es ist aber offensichtlich, dass gerade die Corona-Krise und die gesundheits-, wirtschafts-, finanz- und sozialpolitische Eindämmung ihrer katastrophalen Folgen reichlich Potential für po-



Der föderale Staatsaufbau ist nur eine Form der Gewaltenteilung – hier der Bundesrat in Berlin.

© campsmum/Patrick Jayne and Thomas/wikimedia/CC BY 2.0

pulistische Argumentation bieten. So lässt sich schon jetzt beobachten, wie Populisten aus den unterschiedlichen politischen Lagern ihre bisherige Kritik an den Auswirkungen der Globalisierung verstärken. Angesichts der besorgniserregenden und lebensgefährlich schlechten Versorgung mit Schutzvorkehrungen und Medikamenten – eine der Folgen der Verlagerung ganzer Produktionssparten in Billiglohnländer – finden sie dafür auch viele Anknüpfungspunkte.

Und auch die Europäische Union macht es ihren Gegnern und Kritikern leicht: Nach der sogenannten Flüchtlingskrise, die derzeit in Griechenland eine Neuauflage erlebt, zeigt sich ein weiteres Mal, dass die in Artikel 3 der EU-Verträge beschworene Solidarität und „gegenseitige Achtung unter den Völkern“ unter dem Druck lebensbedrohender Risiken, knapper Ressourcen und der Sorge vor den dramatischen Folgen einer weltweiten Rezession rasch ins Wanken geraten. Und während extreme oder populistische Parteien in Italien die deutsche Ablehnung sogenannter „Corona-Bonds“ zum Anlass nehmen, gegen eine angeblich kolonialherrenhafte Haltung Deutschlands zu hetzen, lehnen deutsche AfD-Politiker nicht nur einen EU-weiten Lastenausgleich entschieden ab, sondern erklären die „Stunde der Not“ auch gleich zur „Stunde der Nationalstaaten“.

Der Protektionismus, die Unterscheidung zwischen Einheimischen und Fremden sowie der Versuch, das „ausländische Virus“ oder „China-Virus“ (Donald Trump) für die Diffamierung anderer Staaten und zur Vertuschung eigener Fehlentscheidungen zu instrumentalisieren, belegen den bedrohlichen Trend zum dichotomischen Denken. Die Bereitschaft, sich selbst bzw. die eigene Nation zum Wohle eines auch umfassend gedachten Gemeinwohls hintanzustellen, ist selbst in der „Mitte der Gesellschaft“ weniger stark

ausgeprägt als wir uns das einreden. Aber nicht nur Nationalismus, Verschwörungstheorien und Ausgrenzungsrhetorik kennzeichnen populistische Argumentation. Hinzu kommt der Versuch, (rechts-)staatliche Institutionen und deren demokratisch legitimierte Repräsentanten systematisch zu diskreditieren. Und da man sich selbst in diesen Kreisen offenbar schwertut, zu skandalisierende Indizien für das vermeintliche Staatsversagen in der bundesdeutschen Krisenbewältigung zu finden, versuchen Rechtsextremisten und auch Populisten, an ihr Erfolgsmodell aus der Hochphase der Flüchtlingskrise anzuknüpfen und Asylbewerber und Flüchtlinge zu Corona-Sündenböcken zu machen.

Anders als die Bevölkerung in einem autoritären oder totalitären System können wir in unserer offenen Gesellschaft die staatlichen Maßnahmen sowie deren Erfolge und Misserfolge im Kampf gegen das neuartige Coronavirus (SARS-CoV-2) beobachten, kritisieren und permanent mit denen anderer Staaten vergleichen. Und auch wenn es weltweit sehr viele Regionen gibt, in denen die Menschen von einem Gemeinwesen mit geordneten staatlichen Institutionen, einer Gesundheitsorganisation und der Freiheit von staatlicher Willkür nur träumen können, ist es per se weder undankbar noch populistisch, dabei auch die Frage nach der Angemessenheit der Maßnahmen oder sogar der Leistungsfähigkeit der rechtsstaatlichen Demokratie in Zeiten der Pandemie zu stellen. So ist der kritische Blick etwa auf Einschätzungen aus der Virologie oder die Bedeutung ihrer Fachvertreter bei der Anordnung freiheitsbeschränkender Maßnahmen nicht nur legitim, sondern er macht ein Wesensmerkmal freiheitlicher Demokratien aus.

Beim eigenen Umgang mit dieser Kritik ist jedoch zu berücksichtigen, dass Wissenschaftsskepsis und sogar -feindlichkeit zu den Kernelementen populistischer und extremistischer Argumentation gehören. Es überrascht daher nicht, dass die Gegner der offenen Gesellschaft, die Corona-Pandemie dafür zu nutzen suchen, grundsätzlichen Argwohn und Misstrauen gegenüber den Methoden und Erkenntnissen der Wissenschaft zu säen. Das fällt in einem Teil der Bevölkerung schon deshalb auf fruchtbaren Boden, weil sich wissenschaftliches Arbeiten eben nicht mit dem Wunsch nach unumstößlichen Wahrheiten vereinbaren lässt. Schließlich fällt es uns in Zeiten der Pandemie besonders schwer, mit einem Phänomen zurechtzukommen, das Jürgen Habermas so auf den Punkt gebracht hat: „So viel Wissen über unser Nichtwissen gab es noch nie.“

Denkgebote statt „Echokammern“

Die Kontrolle politischen Handelns, aber auch der Beratung von politisch Verantwortlichen u. a. durch Mediziner, ist gerade in Zeiten eingeschränkter Freiheits-

rechte wichtiger denn je. Und es ist wichtig, dass die Perspektiven der unterschiedlichen gesellschaftlichen Gruppen dabei ebenso Beachtung finden wie die Sicht unterschiedlicher wissenschaftlicher Disziplinen. Diese Kontrolle ist nicht „nur“ wegen der Reichweite der Freiheitsbeschränkungen wichtig, sondern



Die Regierungschefs der Bundesländer haben bei der Bewältigung der Krise ein gewichtiges Wort mitzureden.

© Bundesrat/Frank Bräuer/CC BY-NC-SA 2.0

auch wegen der Beispiellostigkeit der durch die Krise bedingten Verwerfungen. So gehen die Einschätzungen darüber, mit wie viel Restriktionen die Pandemie bekämpft werden kann, ohne der Wirtschaft und vor allem den Menschen dauerhaften Schaden zuzufügen, ebenso weit auseinander wie die Debatten darüber, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Erleichterungen der „Shutdown“ zu beenden ist.

Angesichts derart folgenschwerer Themen liegt eine Frage – ob nämlich medizinische Wissenschaft und Politik womöglich tatsächlich ein allzu enges Bündnis eingegangen sind – nahe: Würden Mediziner zu quasi assoziierten Kabinettsmitgliedern, die dafür im Gegenzug das Handeln der verantwortlichen Politikerinnen und Politiker rechtfertigten und sie damit entlasteten, dann wäre das in der Tat fatal. Wäre dies der Fall (auch dies ist bewusst im Konjunktiv formuliert), würde tatsächlich ein ungeschriebener Teilsatz der Gewaltenhemmungslehre verletzt. Und dann stünden wir vor einer Situation, die uns an das Verhältnis von „der Politik“ und „den Medien“ im Spätsommer 2015 – also während der sogenannten Flüchtlingskrise – erinnern würde.

Aber: Zumindest in dieser Hinsicht scheint Entwarnung angebracht. Anscheinend haben die Handelnden in Politik, Medien und Wissenschaft einiges dazugelernt: Die Debatte über den Umgang mit der Pandemie und ihren Folgen verläuft kontrovers und pluralistisch. Von einem angeblichen „Mainstream“ der Beurteilung der Fakten sind wir dank einer vielfältigen analogen und digitalen Medienlandschaft und

unseres föderalen Systems weit entfernt. Erwähnt werden muss aber auch, dass zur freiheitlichen Demokratie die Pflicht ihrer Mitglieder gehört, sich dieser Vielfalt nicht durch die bewusste Beschränkung auf die eigene „Echokammer“ zu entziehen.

Pluralismus trotz der Alternativlosigkeit

Zur Bewältigung von Krisen in einer freiheitlichen Demokratie gehört die Balance zwischen der offenen Debatte über mögliche Alternativen und der Notwendigkeit, bei aller Diskussionsbereitschaft, die staatliche Handlungsfähigkeit zu erhalten. Dieser Balanceakt fällt schon deshalb schwer, weil die zur Bekämpfung der Pandemie eingeschlagenen Wege nicht nach Belieben gewechselt werden können. So ist der Vorschlag einer „Herdenimmunität“, bei der – um weder die Wirtschaft noch die individuellen Freiheitsrechte der Mehrheit der Bürger zu beschränken – eine Infizierung des größeren Teils der Bevölkerung bewusst zugelassen wird, von Voraussetzungen abhängig, die freiheitliche Staaten nicht gewährleisten können: Allen voran die Identifizierung möglichst vieler Mitglieder der „vulnerablen Gruppen“, zu denen bekanntlich weit mehr Menschen gehören als die Hochbetagten, deren womöglich monatelange Separierung und vor allem ihre lückenlose Versorgung.

Angesichts dieses Dilemmas bleiben Diskussionen über Alternativen zu der von der Bundesregierung und den Ländern ergriffenen Strategie eines „Shutdowns“ – vor allem das sogenannte „Cocooning“, bei dem „nur“ die akut Gefährdeten faktisch in die Quarantäne gezwungen würden – zwangsläufig oberflächlich. Ähnlich eingeschränkt verlaufen die Debatten über den idealen Zeitpunkt und vor allem die Details der „Ausstiegs-Strategie“. Um sie seriös betreiben zu können, müsste nicht zuletzt die Verlässlichkeit der Daten deutlich höher sein als dies aktuell der Fall ist.

Die Eigenheiten der Pandemie engen also den politischen Wettbewerb um die richtige Lösung durchaus ein. Daher ist es umso wichtiger, dass die Debatten über Sinn und Unsinn der Maßnahmen in Öffentlichkeit, Medien und Wissenschaft transparent und zugänglich ausgetragen werden. Ein solcher Prozess erhöht die Bereitschaft, dann getroffene Maßnahmen einzuhalten. Solange dies weiterhin relativ gut gelingt, werden die Verunsicherungsstrategien der Populisten und Extremisten daran scheitern, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung das hoffentlich richtige, zumindest aber rational abgewogene und finanziell bestmöglich abgedeckte Krisenmanagement der Regierungen im Bund und in den Ländern mitträgt. Selbst AfD-Anhänger scheinen recht froh darüber zu sein, nicht von populistischen Hasardeuren regiert zu werden.

Die Stunde der Exekutive(n)

Zu den vielen Sätzen, die während der Pandemie gern ein ums andere Mal wiederholt werden, gehört die Feststellung, dass in der Krise die Stunde der Exekutive schlägt. Parlamente und Parlamentarier leiden im Zeitalter von Personalisierung, Beschleunigung, Dominanz von Bildern sowie der Gesetzmäßigkeiten der Europäischen Integration grundsätzlich unter Bedeutungsverlust. Für Krisenzeiten gilt dies noch viel mehr: Gefragt sind exekutive Schnelligkeit und nicht zeitraubende Reflexion. Gefolgt wird Führungspersonlichkeiten und nicht Gremien. Die parlamentarische Opposition spielt daher in Zeiten der Pandemie als kontrollierende Instanz keine bestimmende Rolle; sie ist zur Stärkung ihrer Wahrnehmbarkeit mehr denn je auf die professionelle Arbeit von Journalisten angewiesen.

Die durchaus beunruhigenden Gesetzmäßigkeiten der Pandemie, die sich auch für andere rechtsstaatliche Demokratien beobachten lassen, rufen in Erinnerung, dass die Teilung – oder besser: die Hemmung – von Gewalten, keineswegs nur auf der sogenannten „horizontalen Ebene“ verläuft. Schließlich sind im bundesdeutschen politischen System ungewöhnlich viele Formen der Gewaltenkontrolle verankert. Neben der besonders wichtigen Kontrolle durch die herkömmlichen und die digitalen Medien und die Vielzahl der am Willensbildungsprozess beteiligten Gruppen, ist hier vor allem der föderale Staatsaufbau zu nennen.



In Krisen schlägt die Stunde der Exekutive – hier das Bundeskanzleramt in Berlin.

© Schröder (APB)

In der Anfangsphase der deutschen Reaktion auf das Coronavirus kam bei der Beschreibung der Entscheidungsabläufe in Bund und Ländern kaum ein Journalist oder Moderatorin ohne die Worte „Flickenteppich“ und „vorgeprescht“ aus. Auch juristische Einschätzungen mahnten „nationale Koordination“ an. Und tatsächlich legte und legt die Pandemie schonungslos offen, auf welchen Gebieten die bundesweite Koordination nur mangelhaft funktioniert. Dass zum Beispiel

der Bundesgesundheitsminister Maßnahmen lediglich empfehlen, aber nicht anordnen kann, scheint ineffizient und unter den Bedingungen einer Epidemie sogar lebensbedrohlich.

Ausgerechnet die Schweiz, wo der Föderalismus nicht nur im verfassungspolitischen Denken präsent ist, sondern den Bürgern auch am Herzen liegt, geht anders vor und könnte womöglich – das wird nach der akuten Krise zu beurteilen sein – Vorbild für die Bundesrepublik sein. Für den Fall, dass sich eine epidemiologische Notlage zur nationalen Bedrohungslage entwickelt, reagiert der Schweizer Staat auf das exponentielle Wachstum der Ansteckungszahlen und eskaliert quasi parallel die Durchgriffsrechte des Zentralstaates. Besteht in einer „normalen Lage“ wie auch in der „besonderen Lage“ die grundsätzliche Zuständigkeit der Kantone, so hat der Zentralstaat in der letzten von drei Eskalationsstufen, der „außerordentlichen Lage“, das Recht, kantonale Kompetenzen an sich zu ziehen und gegenüber den Kantonen Maßnahmen anzuordnen.

Gunst und Kunst der Gewaltenhemmung

Abgesehen von einer derartigen Änderung der föderalen Aufgabenteilung sind die zentralen Vorteile unserer bundesstaatlichen Organisation jedoch offensichtlich: Der Wettbewerb zwischen den (universitären und außeruniversitären) Wissenschaftseinrichtungen in den verschiedenen deutschen Ländern verhindert,

dass ein einmal eingeschlagener Weg sich womöglich zur Sackgasse entwickelt, aus der schon deshalb niemand mehr herausfindet, weil Fehler unerkannt oder zumindest unentlarvt bleiben. Der unschätzbare Vorzug unseres Wissenschaftsföderalismus besteht darin, nicht nur das – zweifellos sehr wichtige – Robert Koch-Institut auf Bundesebene, sondern breite wissenschaftliche Kompetenz und eine Vielzahl wissenschaftlicher Einrichtungen auf der Länderebene zu haben. Diese stehen in einem gewissen Wettbewerb miteinander und gewährleisten, dass die Wissenschaft eben nicht nur mit einer Stimme spricht und die Politik damit zugleich von Kritik abschirmt. Vielmehr ergeben sich wichtige Kontroversen, die ggf. auch zur Korrektur und Rücknahme politischer Entscheidungen führen können.

Zu diesem wissenschaftlichen Pluralismus tritt der Wettbewerb der Regierungschefs in den Bundesländern um die strategisch richtigen sowie zeitlich passenden Lösungen. Gerade im deutschen Verbundmodell, das sich deutlich vom US-amerikanischen Trennsystem unterscheidet, schlägt eben nicht die Stunde der einen (zentralstaatlichen) Exekutive, sondern die „Stunde der Exekutiven“ im Bund, den 16 Ländern und durchaus auch in den Kommunen. Natürlich: Auf die vielen regionalen Besonderheiten bei der Verbreitung und der Bekämpfung des Virus angemessen unterschiedlich reagieren zu können, bringt zwangsläufig Uneinheitlichkeit im Detail hervor. Aber dies birgt gleichzeitig einen Vorzug, auf den eine freiheitliche Demokratie in Zeiten von Allgemeinverfügungen auf keinen Fall verzichten kann: Machtkontrolle. 



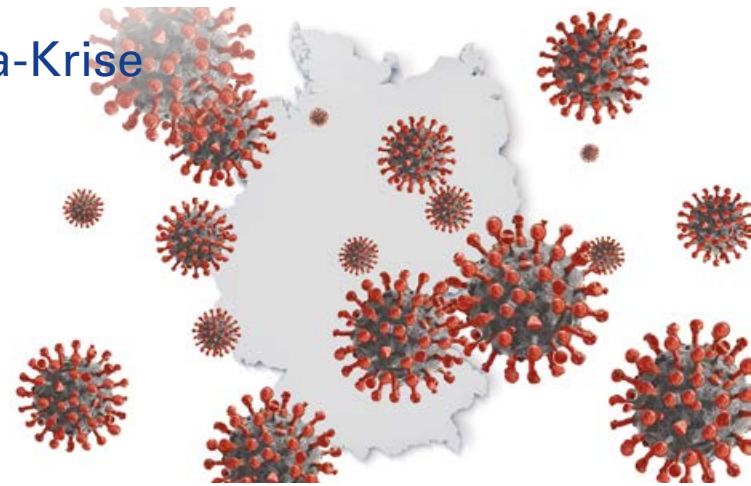
© STUTTMANN

Medienqualität in der Corona-Krise

Der Ausbruch des Coronavirus verändert nicht nur unser Leben und die Gesellschaft tiefgreifend. Auch die Medien sind in mehrfacher Hinsicht betroffen – und machen unter schwierigen Bedingungen einen guten Job.

von Dr. Michael Schröder

Das Coronavirus hält die Deutschen weiter in Atem und ändert ihr Mediennutzungsverhalten zugunsten von Informationssendungen der öffentlich-rechtlichen Anstalten. Am Vorabend der bundesweiten Schul- und Kitaschließungen am 15. März 2020 erreichte insbesondere die 20-Uhr-„Tagesschau“ extreme Zahlen: Mit 9,89 Mio. Menschen sahen mehr zu als beim anschließenden „Tatort“. Inklusive aller Ausstrahlungen in den Dritten Programmen, bei Phoenix etc. sahen diese 20-Uhr-„Tagesschau“ übrigens mehr als 17 Millionen Menschen. Auch andere Nachrichtensendungen, Sondersendungen und Talkshows konnten am 15. März sehr gute Zuschauerzahlen und Marktanteile einfahren: „Anne Will“ (6,09 Mio. Seher / 22 Prozent), „heute“ (5,88 Mio. / 19,8 Prozent), „heute journal“ (5,59 Mio. / 17,9 Prozent), „Berlin direkt“ (5,52 Mio. / 17,7 Prozent). Sogar die „Tagesthemen“ (4,92 Mio. / 24,9 Prozent) und „RTL aktuell“ (4,54 Mio. / 16,2 Prozent) stehen noch in der Top Ten-Liste der erfolgreichsten Sendungen dieses nachrichtenstarken Tages.*



© GERD ALTMANN/PIXABAY.COM

Am darauffolgenden Sonntag (22. März) wurden von der Bundeskanzlerin und den Ministerpräsidenten die Ausgangsbeschränkungen wegen der Pandemie verkündet. Die 20-Uhr-„Tagesschau“ konnte an diesem Tag mit 12,24 Mio. Zuschauern den bis dahin mit Abstand höchsten Wert einer TV-Sendung des Jahres 2020 verbuchen. Die Einschaltquote bewegte sich damit in Größenordnungen, wie sie sonst nur bei Fußballweltmeisterschaften oder Katastrophen wie Fukushima oder dem 11. September 2001 üblich sind. Es zeigte sich auch dieses Mal: In Krisenzeiten kehrt das Publikum in großer Zahl zum vertrauenswürdigsten Medium und seinen professionellen Journalisten zurück.

Sondersendungen

Was ARD und ZDF in den Anfängen der Corona-Krise im März 2020 programmlich geleistet haben, ist öffentlich-rechtlich im allerbesten Sinne und von allerbesten Qualität. Das betrifft auch die Quantität und den zeitlichen Umfang der aktuellen Informationsprogramme. Und das, obwohl viele Redaktionen auch bereits unter krankheitsbedingten Ausfällen zu leiden hatten. Allen voran ist da der tägliche Corona-Podcast von NDR Info zu nennen. Eine halbe Stunde lang interviewt eine Wissenschaftsredakteurin des Senders den Berliner Virologen Christian Drosten und spricht mit ihm über aktuelle Entwicklungen der Pandemie: Klar, verständlich und unaufgeregt. So soll verantwortungsvoller Journalismus in Krisenzeiten sein.



© Eigene Darstellung, Datenquelle Medienmagazin DWDL

* Jens Schröder: Wegen Coronavirus: Wahnsinnsquoten für „Tagesschau“, „Anne Will“, „heute“ und einige andere – reihenweise Jahresrekorde, in: Meedia vom 16.03.2020 – online unter: <https://meedia.de/2020/03/16/wegen-coronavirus-wahnsinns-quoten-fuer-tagesschau-anne-will-heute-und-einige-andere-reihenweise-jahresrekorde/> (zuletzt aufgerufen: 24.03.2020).

Die Sender reagierten aber nicht nur bei der aktuellen Berichterstattung. Der WDR hat sein Kinderprogramm ausgebaut: Täglich läuft „Die Sendung mit der Maus“, weil Kinder und Jugendliche auf unbestimmte Zeit nicht mehr zur Schule gehen können. Mit „Planet Schule“ bieten WDR und SWR im Netz Hintergrundinformationen zu relevanten Themen des Lehrplans.

Online lernen

Der BR stellte zusammen mit dem Bayerischen Kultusministerium unter dem Motto „Schule daheim“ ein besonderes Angebot zum Lernen zu Hause bereit. Und NDR Info lieferte täglich eine Extra-Ausgabe der Kindersendung „Mikado“.

Der RBB schließt inzwischen die Lücken im gesellschaftlichen Leben. Der Sender überträgt verstärkt Sendungen aus Museen oder von Sportveranstaltungen, weil es keine Besucher und Zuschauer mehr vor Ort gibt. Und der MDR holte die abgesagte Leipziger Buchmesse kurzerhand ins Fernsehen.

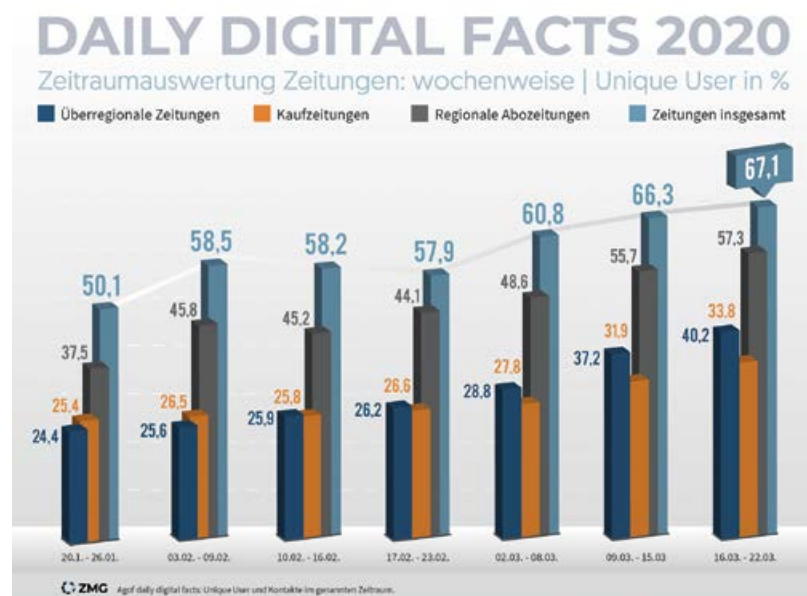
Die Bundeszentrale für politische Bildung sendete werktags um 11 Uhr „Deine tägliche Dosis Politik“ im Internet. 45 Minuten lang gibt es politische Themen – auf der bpb-Homepage, bei Facebook, YouTube und Twitter. Täglich schaltet sich ein anderer Gast bei bpb-Pressesprecher Daniel Kraft zu: z. B. Mirko Drotschmann, der mit MrWissen2go eine eigene Wissensplattform zu aktuellen politischen Themen hat oder die Dresdner Professorin für Politikdidaktik Anja Besand.

Der Schatz der Mediatheken

Mit den Media- und Audiotheken von ARD und ZDF steht ein großer kultureller Archivschatz zur Verfügung, der vom Publikum nur gehoben werden muss. Das ist öffentlich-rechtlicher Rundfunk vom Feinsten. So wird er seinem Programmauftrag umfassend gerecht und legitimiert den – in Zukunft wohl etwas höheren – Rundfunkbeitrag. Nie war das Geld dafür sinnvoller angelegt wie in Zeiten der Corona-Krise.

Eine Schwachstelle bleibt: Während private Nachrichtensender bei Zuspitzung der Krise praktisch nur über Corona berichteten und durchsendeten, lief im öffentlich-rechtlichen Fernsehen tagsüber größtenteils das Standardprogramm. Erst zur Prime Time liefen ARD und ZDF dann mit Sondersendungen zur Höchstform auf. Es bleibt nur zu wünschen, dass sich die Programmverantwortlichen nicht auf diesen Corona-Lorbeeren ausruhen und danach wieder in den gewohnten Trott verfallen. Die Parole muss lauten: Weiter so auf diesem Niveau. Ihr habt gezeigt, was ihr könnt und was ihr wert seid. Lasst jetzt bloß nicht nach – auch nicht nach Corona!

Auch vertrauenswürdige Nachrichtenmedien wie Tages- und Wochenzeitungen sind in der aktuellen Corona-Krisensituation wichtiger denn je. Der Spiegel und Die Zeit melden Rekorde bei neuen Abonnements und Druckauflagen. Der Bundesverband der deutschen Zeitungsverleger teilte mit, dass gerade auch die digitalen Inhalte stärker nachgefragt werden denn je: In der Woche vom 16. bis zum 22. März griffen mehr als zwei Drittel (67,1 Prozent) der deutschsprachigen Bevölkerung ab 16 Jahren auf die Informationsangebote der Zeitungen im Netz zu. Ende Januar lag die wöchentliche Reichweite noch bei 50 Prozent. Die



Die Tageszeitungen konnten ihre digitalen Reichweiten im März deutlich steigern.

© ZMG/BDZV

Webseiten der regionalen Abonnementzeitungen erreichten in der genannten Woche über 57 Prozent der Bevölkerung, das sind 39,4 Millionen Nutzer.

Werbeverluste

Doch von Goldgräberstimmung ist in den Verlagen nichts zu spüren. Erste Redaktionen haben Kurzarbeit angemeldet, andere denken darüber nach. Die von der Corona-Krise schwer getroffene Wirtschaft storniert überlebenswichtige Anzeigenaufträge. Und eine erste Regionalzeitung in Rottweil hat ihre gedruckte Ausgabe eingestellt. Gerade kleine und mittlere Regionalzeitungen werden am schwersten getroffen. Ein neuerliches Zeitungssterben und eine Konzentrationswelle sind nicht auszuschließen.

In der Corona-Zeit arbeiten die Redaktionen aller Medien unter sehr erschwerten und ungewohnten Bedingungen: Auch Journalisten sind selbst erkrankt, in häuslicher Quarantäne oder bei der Kinderbetreuung im Homeoffice. Das verändert die Kommunikation

und die Abläufe. Die Abstände am Newsdesk werden größer. Teeküchen und Cafeterias sind verwaist. Der „Flurfunk“ kommt zum Erliegen. Telefon- oder Videokonferenzen laufen anders ab als der direkte persönliche Austausch: Manches bleibt unausgesprochen und wird nicht vertieft. Die Diskussionen werden kürzer.

Persönliche Treffen für Hintergrundgespräche oder Interviews sind nicht mehr möglich. Termine und Veranstaltungen werden abgesagt: Gemeinderatssitzungen, Theateraufführungen, Parteitage, Filmpremieren und Fußballspiele. Themen brachen weg. Auf der anderen Seite fegt ein Nachrichtensturm durch die Redaktionen: Die Deutsche Presse-Agentur (dpa) verschickte im März 241 Eilmeldungen, fast doppelt so viel wie ein Jahr zuvor und davon rund zwei Drittel zu Corona.

Auch die sogenannten sozialen Medien konnten endlich zeigen, wozu sie auch fähig sind und dass sie nicht nur als Propagandaschleuder für Hass und Hetze taugen. In der Corona-Krise wurden wirklich soziale Medien kreiert.

Wenn es ernst wird auf der Welt, die Menschen Angst haben und verunsichert sind, sollte man normalerweise Facebook und Co. nicht als Informationsquellen empfehlen. Zu oft finden sich dort Halbwahrheiten oder gezielte Desinformation. Aber ausgerechnet in der Corona-Krise – wie maßgeschneidert für virale Kampagnen und Fake News – punkten die sozialen Netzwerke. Sie arbeiten offenbar wieder für die Nutzer, nicht mehr gegen sie.

Unter den Hashtags #staythefuckhome, #wirbleibenzuhause und zahlreichen ähnlichen nutzen Meinungsmacher, Stars und Medien ihre Reichweite und appellieren an die Gesellschaft, ihre Bürgerpflicht wahrzunehmen und an die Gesundheit aller zu denken. Dahinter stand die Einsicht, dass es nur mit #socialdistancing zu schaffen ist, die Ausbreitung des Coronavirus zu verlangsamen und wertvolle Zeit zu gewinnen, um eine gute medizinische Versorgung jedes Einzelnen zu gewährleisten.

Demokratisierung von Öffentlichkeit

#flattenthecurve war und ist das erklärte Ziel. Da gab es Ideen gegen Einsamkeit und Langeweile während der Ausgangsverbote und es entstand eine digital-virtuelle Gemeinschaft in der sozialen Isolation – einschließlich Singen und Musizieren auf dem Balkon. Nachbarschafts- und Einkaufshilfen wurden über social media organisiert, Freunde und Familienmitglieder blieben wenigstens digital vernetzt. Gottesdienste wurden im Netz gestreamt, Einzelhändler konnten mit Online-Angeboten wenigstens einen Teil ihrer Umsatzverluste wettmachen.

Die sozialen Netzwerke beweisen gerade, dass sie Öffentlichkeit demokratisieren können: entschieden subjektiv, aber relevant und authentisch. Die Corona-Krise könnte zur Erfolgsgeschichte von Social Media und deren gesellschaftlichem Einfluss werden – auch dauerhaft.



Nährboden für Sumpflüten

Gleich nach dem Bekanntwerden des neuen Coronavirus im Januar gab es die ersten absurden, aber auch gefährlichen Desinformationen über die heimtückische Krankheit.

von Dr. Michael Schröder

Am 7. Januar 2020 waren bereits die ersten Nachrichten über das neuartige Coronavirus verfügbar. Nur einen Monat nach dem Ausbruch in China wusste die Welt, dass es einen neuen Erreger gibt und wie er charakterisiert wurde. Die ersten Fälle in Deutschland wurden Ende Januar gemeldet.

Gerüchte, Verschwörungstheorien und Falschmeldungen zu Corona verbreiteten sich im Netz von da an so schnell wie das Virus selbst. Das ist nicht verwunderlich, denn in den sozialen Medien verbreiten sich Gerüchte viel schneller als Wahrheiten oder gesichertes Wissen.

Die Zahl der Infizierten stieg und viele Menschen wurden verunsichert. In einer solchen Situation braucht es nicht viel, um Mutmaßungen und Falschmeldungen zu verbreiten: Ein einzelner Nutzer kann eine Falschbehauptung in die Welt setzen – wenn andere sie aufgreifen, verbreitet sie sich schnell weiter. Vor allem, wenn sie fatalerweise auch von professionellen Medien unters Volk gebracht wird. Die folgende Sammlung stammt vom Faktencheck-Team des Bayerischen Rundfunks (Faktenfuchs)¹.

¹ Julia Ley, Elisabeth Kagermeier, Patrizia Kramliczek, Sophie Rohrmeier und Georg Wolf: Coronavirus: Zwiebeln helfen nicht – und andere Fakes, vom 24.03.2020 – online unter: <https://www.br.de/nachrichten/netzwelt/coronavirus-fakes-und-faktenchecks,Ros6Plg> (zuletzt aufgerufen: 25.03.2020).

Die Falschmeldungen begannen Ende Januar 2020 sehr schnell nach der Entdeckung des Virus. Wilde Spekulationen rankten sich um seine Herkunft. Im Netz kursierte die Theorie, dass es in Laboren entwickelt und dann ausgesetzt worden sei, um Impfstoffe zu vermarkten. Als „Beweis“ wurde angeführt, dass sich im Internet Patente auf Coronaviren finden. Tatsächlich existieren Patente auf bestimmte Gensequenzen der Coronaviren. Allerdings sind die Corona eine große Virenfamilie und keines der Patente bezieht sich auf die neue in China aufgetretene Variante.

Nutznießler Bill Gates?

Eine spezifische Form dieses Gerüchts bringt Bill Gates mit dem Coronavirus in Verbindung. Angeblich wollte er Geld mit der Entwicklung von Impfstoffen verdienen. Denn auch das amerikanische Forschungsinstitut Pirbright, das 2019 auch von der Bill & Melinda Gates-Stiftung gefördert wurde, hält ein Patent auf eine Form des Coronavirus. Dieses bezieht sich allerdings nur auf eine abgeschwächte Form des Virus, das als Impfstoff gegen Bronchitis bei Geflügel eingesetzt werden soll.

Eine weitere im Netz verbreitete Vermutung lautet, dass das Virus aus dem Hochsicherheitslabor in Wuhan stammen könnte. Dort ist das Nationale Chinesische Labor für Biosicherheit angesiedelt. In der „Washington Times“ vom 26. Januar 2020 äußerte

der Genanalysen am Coronavirus durchführt, um seine Verbreitung besser zu verstehen, schloss Mitte Februar mit Sicherheit aus, dass das Virus künstlich im Labor hergestellt worden sei. Die Mutationen entsprächen einer natürlichen Evolution.

Laut Experten des Robert Koch-Instituts gilt als wahrscheinlich, dass der Vorläufer des neuen Coronavirus von Wildtieren stammt und dass die ersten Ansteckungen Anfang Dezember auf einem Markt in Wuhan erfolgten.

Angebliche Infektion in Passau

Ende Januar machte im Netz eine Falschmeldung über eine angebliche Corona-Infektion in Passau die Runde. Ein Screenshot zeigte einen gefälschten Artikel der „Süddeutschen Zeitung“ mit der Schlagzeile „Coronavirus in Passau: Verdacht bestätigt sich.“ Das Titelbild zeigte den Passauer Campus, sodass der Eindruck entstand, dass es einen Corona-Fall an der Universität gegeben hätte. Die Polizei musste die Ermittlungen einstellen, da keine Straftat vorlag.

Ebenfalls Ende Januar hatte ein User namens „Odysseus“ ein Video mit Verschwörungstheorien zu Corona auf YouTube hochgeladen, von wo aus es sich hunderttausendfach verbreitete. Der Hauptvorwurf darin: Medien und Regierung würden wichtige Informationen zum Coronavirus zurückhalten, die Pandemie sei weitaus schlimmer als berichtet. Besonders schwer als Desinformation zu erkennen war das Video, weil es einige richtige mit vielen falschen Informationen vermischte. Es ist inzwischen gelöscht, die Behauptungen halten sich allerdings hartnäckig im Netz.

Richtig ist, dass es bisher keine Therapie gegen den neuen Virus gibt. Es gibt zwar Fortschritte bei Impfstoffen, die momentan in Studien erprobt werden, aber noch nicht zugelassen sind. Die meisten Patienten in Deutschland können allerdings auch ohne neue Medikamente erfolgreich behandelt werden – denn sie weisen bisher nur normale Erkältungssymptome auf.



© STUTTMANN

ein Mitarbeiter des israelischen Geheimdienstes die Ansicht, dass sich das Labor wahrscheinlich zumindest in Teilen mit biologischen Waffen befasste.

Das Labor existiert. Es gibt aber keine Hinweise auf einen Zusammenhang zwischen dem Labor und dem neuartigen Coronavirus. Der Forscher Trevor Bedford,

Teilweise richtig ist die Behauptung, dass das neuartige Coronavirus schlimmer ist als SARS. Durch die Atemwegserkrankung SARS sind 2002/2003 weltweit 774 Menschen gestorben. Die aktuelle Corona-Pandemie verzeichnet bis Ende März 2020 weltweit schon mehr als 19 000 Tote, der weitaus größte Teil (knapp 7 000) davon in Italien.

Auch die Inkubationszeit ist beim neuen SARS-CoV-2 mit bis zu 14 Tagen länger als bei SARS (zwei bis zehn Tage). Allerdings scheint der Anteil der Infizierten, die sterben, beim neuartigen Coronavirus geringer zu sein als bei SARS. Einer Studie des Chinesischen Zentrums für Krankheitsvorsorge und -kontrolle zufolge liegt er bei etwa zwei Prozent, bei SARS ging man von etwa 11 Prozent aus.

Falsche Behauptungen

Nicht verifizierbar oder falsch sind hingegen folgende Behauptungen, die in dem Video verbreitet wurden: Es gibt keinen juckenden Hautausschlag. Mit Videoschnipseln, die angeblich aus Wuhan stammen, wurde behauptet, die Menschen würden auf der Straße einfach umfallen. Dies konnte nicht verifiziert werden.

Im Februar musste eine Grundschule in Rosenheim zwei Tage lang schließen, weil viele Kinder krank waren. Sogleich tauchte im Internet das Gerücht auf, die Schule habe wegen des Coronavirus geschlossen. Außerdem wurde eine Beziehung nach Siegsdorf konstruiert, wo eine vom Virus betroffene Familie lebt. Das Landratsamt Rosenheim dementierte und sprach von einer Verschwörungstheorie. Es gebe keinen einzigen Corona-Fall.

Ebenfalls im Februar hatte ein unbekannter Urheber per Whatsapp im Namen des Portals „Onetz“ die gezielte Falschmeldung verbreitet, dass es in Weiden zwei Corona-Infizierte geben solle. Die Meldung auf der Seite „onetz.de“ wurde von deren Betreibern als Fake zurückgewiesen. Der oder die Unbekannten hätten ein Bild „geklaut“ und einen Fotografen erfunden. Der Link leitete zunächst nach Zentralafrika, später nach Österreich weiter. Chefredakteur Kai Gohlke sagte, so eine Falschmeldung könne jeder Zwölfjährige herstellen. Das Gesundheitsamt bestätigte, dass es keine Corona-Fälle in Weiden und dem Landkreis gebe.

Vitamine helfen nicht

Im Februar tauchen im Netz zwei Behauptungen auf: Vitamin-D-Mangel mache Menschen anfälliger für das neuartige Coronavirus, die Ausbreitung könne mit Vitamin D bekämpft werden. Und auch Vitamin C könne helfen, Corona zu heilen. Beides wird von Experten als „völlig absurd“ zurückgewiesen. Dafür gebe es keine Belege. Das Robert Koch-Institut empfiehlt stattdessen eine Husten- und Nies-Etikette, sorgfältige Händehygiene sowie Abstand zu Mitmenschen von etwa zwei Metern.

Auch der Papst ist vor Fake News zu Corona nicht sicher. Bei einer Ansprache auf dem Petersplatz hatte er mehrere Hustenanfälle. Zuvor hatte er selbst zu

Journalisten gesagt, dass er am 1. März wegen einer Erkältung nicht an einer mehrtägigen Klausur mit der römischen Kurie teilnehmen könne. Daraufhin wurde auf einer Nachrichten-Webseite behauptet, der Papst und zwei Assistenten hätten sich mit Corona infiziert. Angeblich habe der Vatikan das offiziell bestätigt. Diese Behauptung ist falsch. Auffällig ist, dass die Webseite, auf der die Falschmeldung erschien, erst kurz



Weder Zwiebeln noch Vitamine helfen gegen das Coronavirus.
© bluebudgie und stevepb/pixabay.com

zuvor online gegangen war und danach nicht mehr erreichbar war. Ein Indiz dafür, dass sie eigens für die Verbreitung von Desinformation erstellt wurde.

Der AfD-Kreisverband Kelheim behauptete auf einer Bildtafel: „Grüne gibt ernsthaft AfD Schuld an Corona-Pandemie!“ Dieser Satz bezieht sich auf die Bundestagsabgeordnete Kordula Schulz-Asche (Bündnis90/Grüne), die im Bundestag sagte: „Der WHO-Chef rief dieser Tage zur globalen Solidarität auf. Genau das ist die richtige Antwort zur Vermeidung einer Pandemie, und nicht, meine Damen und Herren von der AfD, Hass und Hetze; die sind genau das Gegenteil von einer vernünftigen Antwort.“ Die Behauptung der AfD verzerrt also den Inhalt der Aussage. Denn sie sagte nicht, die AfD sei die Ursache der Pandemie. Sie sagte vielmehr, die AfD habe aus ihrer Sicht die falsche Antwort zur Vermeidung einer Pandemie.

Fatale Kettenbriefe

Vor allem auf WhatsApp kursierten gefährliche Kettenbriefe mit Tipps, wie man sich selbst auf das Coronavirus testen und eine Ansteckung vermeiden kann. Die Luft über zehn Sekunden anhalten zu können, ist kein Beweis dafür, sich nicht infiziert zu haben. Alle 15 Minuten zu trinken schützt nicht vor einer Infektion. Die Tipps sind laut Ärzten nicht korrekt. Im Netz wird Mitte März der Bericht des Bundestages zur „Risikoanalyse zum Bevölkerungsschutz 2012“ aus dem Jahr 2013 verbreitet. Darin geht es u.a. auch um eine Analyse einer möglichen Pandemie durch ein Virus. Dabei wurden sehr hohe Sterblichkeitszahlen genannt. Sie passen aber nicht zur aktuellen Entwicklung

um das Coronavirus. Der Bericht war eine Risikoanalyse mit einem Worst-Case-Szenario. Die dort für möglich erachtete Sterblichkeitsrate entspricht nicht der aktuellen Situation um SARS-CoV-2. Beides in Zusammenhang zu bringen, ist Desinformation und Panikmache.

Verschwörungstheorien

Die Corona-Pandemie ist ein Schwerpunkt auf der Verschwörungs-Webseite „Klagemauer-TV“. Hier gibt es aktuell (Stand 25. März) 16 Videos, die Unwahrheiten über das Coronavirus verbreiten, oft in alarmistischem Ton. Zum Beispiel, dass das Coronavirus eine biologische Waffe sei.

Hinter Klagemauer-TV steckt die antisemitische Sekte „Organische Christus Generation (OCG)“, die der Schweizer Prediger Ivo Sasek führt. Der Web-Sender produziert Inhalte in 52 Sprachen, Studios unterhält er zum Teil auch in bayerischen Städten. Die Seite bezichtigt die „Hauptmedien“ einer „konsequenten Unterdrückung von Gegenstimmen“. Politiker werden bei der hinter Klagemauer-TV stehenden Sekte OCG in Freundes- und Feindeslisten eingeteilt, wie eine Recherche des Bayerischen Rundfunks zeigte.

Oft wird versucht, das aktuelle Coronavirus und seine Gefährlichkeit einzuordnen – gerade im Verhältnis zur Influenza. Eindeutig lässt sich diese Frage derzeit nicht beantworten. Bei den Influenza-Wellen jedes Jahr schätzen Experten eine Sterberate von 0,1 bis 0,2 Prozent. Der Virologe Christian Drosten von der Berliner Charité nannte für das aktuelle Coronavirus eine Sterblichkeitsrate von 0,3 bis 0,7 Prozent. Aber ein Vergleich dieser beiden geschätzten Sterberaten ist kaum zielführend, da die Zahlen unterschiedlich erhoben werden. Bei der Grippe nehmen Wissenschaftler die sogenannte Übersterblichkeit: Wie viele Menschen mehr sterben während der Grippesaison als in den restlichen Monaten des Jahres? Bei SARS-CoV-2 hingegen wird die Sterblichkeit bei gesicherten Infektionsfällen betrachtet – ein wesentlicher Unterschied.

Gravierende Unterschiede

Das aktuelle Coronavirus ist aus mehreren Gründen besonders gefährlich: Es überträgt sich leichter als etwa das gefährliche Sars-1-Virus. Es ist krankheits-erregender als bisherige Coronaviren und sogar als Influenza. Und es gibt nach wie vor keine Impfung. Viele Menschen infizieren sich, ohne zu erkranken, stecken aber genau deshalb ältere und immungeschwächte Personen an, die daran schwer erkranken und sterben können. Der explosionsartige, exponentiell ansteigende Infektionsverlauf (anders als bei Influenza) kann schnell zu einer Überlastung der Krankenhäuser führen, so dass auch hier die Todesfallzahlen steigen können.

Einem weit im Netz verbreiteten Gerücht zufolge sollen Zwiebeln bei der Bekämpfung von Sars-CoV-2 helfen. Denn sie sollen die Viren wie eine Art Magnet aus der Luft herausziehen. Richtig ist, dass Zwiebeln die Ausbreitung von Mikroorganismen einschränken, indem sie diese töten oder deren Wachstum lähmen. Dies kann durchaus auch in der Luft geschehen. Dies gelte aber vor allem für Bakterien. Es gibt bislang keine wissenschaftlichen Belege dafür, dass die antimikrobielle Wirkung der Zwiebel auch bei Viren wirkt.

Aus dem Zusammenhang gerissen

In einem Tweet machte der Chef der Berliner AfD-Fraktion Georg Pazderski am 19. März Jugendliche, speziell Anhänger der Klimaschutz-Bewegung Fridays for Future (FFF), für die Verbreitung des Coronavirus verantwortlich. In dem inzwischen gelöschten Tweet hieß es: „Empathielose, dumme Wohlstandskinder, die freitags bei #FFF auf der Straße hüpfen und den Älteren vorwerfen ihre Zukunft zu verspielen, zeigen eindrücklich wie weit ihr Horizont tatsächlich reicht. Aber #SPD #GRÜNE #LINKE wollen Wahlrecht ab 16. #Corona.“ Dazu hängte er ein Video an, das eine Reihe Jugendlicher zeigt, die alle am selben Lutscher lecken.



© GERD ALTMANN/PIXABAY.COM

Dieses Video stammt vom Oktober 2019 – lange vor dem Corona-Ausbruch. Außerdem riss Pazderski es völlig aus dem ursprünglichen Kontext: Es handelt sich dabei um einen Beitrag zur sogenannten Lollipop-Challenge, bei der Nutzer des sozialen Netzwerks TikTok aufgerufen wurden, Videos zu posten, in denen mehrere Personen sich einen Lutscher teilen.

Am Wochenende vom 14./15. März hatte sich das Gerücht über einen WhatsApp-Kettenbrief verbreitet, dass das Schmerzmittel Ibuprofen zu einer Verschlimmerung der Covid 19-Erkrankung führe. Die Quelle war angeblich die Universität Wien, die jedoch sofort dementierte. Trotzdem kursierte das Gerücht über

Tage hinweg. Die Warnung, der sich zunächst auch die Weltgesundheitsorganisation WHO angeschlossen hatte, war auch in etablierten Medien zu hören und zu lesen. Was die Verunsicherung noch vergrößerte. Am 19. März nahm die WHO ihre ursprüngliche Warnung jedoch wieder zurück.

Nur Panikmache?

Auch der deutsche Lungenfacharzt Wolfgang Wodarg behauptete in YouTube-Videos, die Corona-Pandemie sei reine Panikmache. Als ehemaliger SPD-Bundestagsabgeordneter und Mediziner finden seine Videos einige Verbreitung. Er meint, dass das neuartige Coronavirus nicht neu sei und die Folgen der Infektion nicht schlimmer seien als bei Influenza. Er operiert mit falschen Zahlen und liefert keine Belege. Der Faktencheck widerlegt seine Aussagen.²



Die angeblichen Särge aus Bergamo stammen von afrikanischen Flüchtlingen auf der Insel Lampedusa im Jahr 2013.

© Mimikama.at

Im Netz kursierte ein Bild, das reihenweise Särge zeigt. Diese Särge sollen aus der norditalienischen Stadt Bergamo stammen, wo es besonders viele Todesfälle durch das Coronavirus gegeben hat. Tatsächlich aber entstand dieses Bild 2013 auf der italienischen Insel Lampedusa. Es handelt sich um die Särge von afrikanischen Flüchtlingen, die auf der Überfahrt nach Italien ums Leben gekommen waren.

„Böswilliges Gerücht“

Seit dem 22. März wurde auf WhatsApp eine Sprachnachricht verbreitet, in der ein Mann mit bayerischem Dialekt behauptet, gehört zu haben, dass die Polizei zahlreiche Kräfte in München zusammenziehe, da „in den nächsten Tagen 20 000 Flüchtlinge“ aus Griechenland per Bahn, Bus und Flugzeug in München ankämen. Die aktuellen Ausgangsbeschränkungen, die der Sprecher als „Ausgangssper-

ren“ bezeichnet, hätten zum Ziel, die Ankunft der Geflüchteten zu verschleiern. Die Polizei München warnte sofort auf Twitter vor dieser Falschmeldung und nannte sie ein „böswilliges Gerücht“. Auch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge dementierte die Nachricht. Derzeit komme allein durch die europaweit geltenden Reisebeschränkungen kein Flüchtling über die Grenzen.

Fotos von Ärztinnen und Ärzten sowie dem Pflegepersonal in italienischen Krankenhäusern sind im März tausendfach geteilt worden. Sie zeigen Menschen, deren Gesichter vom Tragen der Schutzmasken und Schutzbrillen dunkelrot unterlaufene Druckstellen aufweisen. Twitternutzer machten schnell auf Unstimmigkeiten aufmerksam und verbreiteten die Originalaufnahme. Die Kontraste in dem bearbeiteten Bild wirken im Vergleich zum Original deutlich

verstärkt. Das gesamte Bild ist aufgehellt. Die Augenpartie weicht im Vergleich zum Originalbild ebenfalls ab. So sind die Augenbrauen runder und leicht nach oben gezogen. Die Augen selbst erscheinen größer und dunkler. Der abgebildete Mann wirkt dadurch traurig.

Gefährliche Tipps

An mehreren Stellen im Netz verbreitete sich die Meldung, dass das Trinken von Chlordioxid den Coronavirus abtöte. Im Landkreis Kronach wurde der Aufruf eines Tierarztes geteilt, der empfiehlt, morgens und abends eine kleine Dosis

selbst hergestellten Chlordioxids zu sich zu nehmen. Das Trinken von Chlordioxid ist jedoch gesundheitsschädlich und auch kein Mittel gegen Corona. Es wird in der Industrie als Bleichmittel verwendet, das reizend bis ätzend wirkt.

Journalistinnen und Journalisten haben momentan das Problem, dass täglich zahlreiche neue Studien zum Coronavirus erscheinen, die sie erst lesen und verstehen müssen. Das ist nicht einfach, da nur die wenigsten ausgebildete Mediziner oder Naturwissenschaftler sind. In dieser Informationsflut ist es schwierig, den Überblick zu behalten und die guten von den schlecht gemachten Studien zu unterscheiden. Wenn dann noch viele Menschen durch den „neuen und unsichtbaren Feind“ verunsichert sind und nach einfachen Antworten suchen, fallen Desinformationen auf einen besonders guten Nährboden und können als Sumpflilien eine verheerende Wirkung erzielen. 🌿

² Jan Kerckhoff und Susanne Delonge: Corona-Virus: Arzt setzt viele falsche Behauptungen in die Welt – vom 20. März 2020 – online unter: <https://www.br.de/nachrichten/deutschland-welt/ohne-fundament-arzt-nennt-corona-massnahmen-panikmache,RtaPFIQ> (zuletzt aufgerufen: 25.03.2020).

Wenn der Kollege Roboter die Nachrichten schreibt...

Wer braucht eigentlich noch Radionachrichten, wenn im digitalen Zeitalter das Smartphone Informationsquelle Nummer Eins ist? Wie können und müssen sich Audionachrichten ständig verbessern, um relevant zu bleiben? Das war die thematische Klammer der 4. Zukunftswerkstatt Radionachrichten* in Bremen.

25 NACHRICHTENREDAKTEURE von kommerziellen und öffentlich-rechtlichen Sendern diskutierten neue Verbreitungswege mit neuen Technologien; sie erfuhren, wie „Künstliche Intelligenz“ automatisiert Nachrichten erzeugt, wie Sprachmuster („Frames“) die Wahrnehmung formen und wie neue Formen und Inhalte der Regionalberichterstattung aussehen können.

Kurzatmig in der Krise

Ein ambivalentes Bild der neuen hybriden Öffentlichkeit zeichnete der Kommunikationsforscher Alexander Sänglerlaub (Stiftung Neue Verantwortung): Einerseits habe das Internet mit seinen Kommunikationsmöglichkeiten ein großes Demokratisierungspotential von Öffentlichkeit. Andererseits würde durch die Quellenvielfalt auch eine Fragmentierung des Publikums eintreten. Die hohe Geschwindigkeit der Kommunikation habe Kurzatmigkeit zur Folge. Information und Meinung – Standard in den klassisch-professionellen Medien – würden nicht mehr getrennt. Dazu käme die ökonomische Krise des Journalismus – insbesondere bei Zeitungen. Journalisten verlieren ihre frühere Deutungshoheit als monopolartige Schleusenwärter im Nachrichtenstrom. Das Netz werde zum Einfallstor für Populisten und Extremisten. Ins-



Alexander Sänglerlaub: „Das Netz ist auch Einfallstor für Populisten und Extremisten.“
© Schröder (APB)



25 Nachrichtenredakteure aus ganz Deutschland nahmen an der Zukunftswerkstatt teil.
© Pietsch

gesamt seien das große Herausforderungen für Politik, Bildungssystem und nicht zuletzt die Journalisten als Vermittler von Politik, sagte Sänglerlaub.

„Die Meldung ist tot“

Er forderte sie auf, zukünftig „mehr, länger und tiefer zu berichten statt kürzer, schneller und flacher“. Aufsehen erregte er bei den Radiomachern mit der These: „Die Meldung ist tot. Wir brauchen mehr Zeit für Hintergrund und Erklärung.“ Er sieht eine „Krise der medialen Repräsentanz: Die Gesellschaft ist diverser als Ihr in den Sendern“, sagte er. Journalisten dürften die Spaltung der Gesellschaft nicht noch weiter vorantreiben: „Fragt Euch immer, wem Ihr Aufmerksamkeit widmet.“

Mehr Nähe durch „Social Listening“

Beate Posch vom Bayerischen Rundfunk berichtete, dass der BR seine regionalen Nachrichten neben den Weltnachrichten platziert. Dafür habe man das Netz der Regionalkorrespondenten ausgebaut und bringe deren Geschichten mit großem Erfolg auf allen Kanälen. Diese Regionalschleusenwürden oft von anderen Medien aufgegrif-



Beate Posch: „Regionales steht neben Weltnachrichten.“
© Schröder (APB)

* In Kooperation mit der ARD.ZDF medienakademie und Radio Bremen

fen, auch in sozialen Medien. Es gebe viele positive Rückmeldungen aus dem Publikum und manchmal sogar politische Wirkungen bis hinein in den Landtag. Zum Aufspüren spannender Themen nutzt der BR „Social Listening“: Mit einer eigenen Software werten Spezialisten rund 400 Millionen Quellen im Netz aus und prüfen, welche Themen gut gehen. Die Redaktion entscheidet danach, was sich wie sinnvoll aufgreifen lässt. Ihr Fazit: „Digital und regional ist die Zukunft und es ist möglich. Wichtig sind die Augenhöhe mit dem Hörer und eine verständliche Sprache.“

Für „Frames“ sensibilisieren

Tobias Geissner-Donth von der ARD.ZDF medienakademie ist sicher: „Wir brauchen Sprachmuster (Frames), weil unser Gehirn ‚sparen‘ muss.“ Journalisten müssen sich aber darüber im Klaren sein, dass diese Muster von Interessierten in Politik und Wirtschaft bewusst und oft mit manipulativer Absicht gesetzt wer-



Das Leitungsteam der Tagung: Tobias Geissner-Donth, Katja Pietsch und Dietz Schwiesau (von links)
© Schröder (APB)

den. „Wir dürfen ihnen nicht auf den Leim gehen und müssen sie entlarven“, sagte er und nannte zahlreiche Beispiele: das „Gute-Kita-Gesetz“, das „Gesicherte-Rückkehr-Gesetz“, Asyltouristen, Klimawandel, Steueroase, den „Vogelschiss in der deutschen Geschichte“ und das „Denkmal der Schande“. „Ziel muss es sein, die Redaktionen für das Problem zu sensibilisieren und wachsam zu sein“, sagte Geissner-Donth.

Computer schreibt Spielberichte

Auf <http://fussball.de> erscheinen pro Spieltag rund 75 000 Spielberichte aus Amateurligen, die ein Computer geschrieben hat. Sebastian Küchenmeister arbeitet für die Berliner Softwareschmiede Retresco, die dafür das Programm entwickelt hat. Es ist geeignet für das automatische Schreiben von Texten, bei denen es um viele Daten geht: Wetter, Sport, Börse, Verkehr. Die Maschine kann in 20 Sprachen übersetzen und sie beherrscht unterschiedliche Schreibstile. Sie ist darüber hinaus in der Lage, mehrere Versionen zu einem Spiel zu machen und stellt aus denselben

Daten Texte nach Wunsch zusammen. Aber klar ist auch: Immer wenn es um Interpretation, Meinung und Kreativität geht, gerät der Computer an seine Grenzen. Auf nicht programmierbare Überraschungen ist er nicht vorbereitet. Die Erkenntnisse aus dem anschließenden Workshop: Hinter jedem guten Computer-Text steckt ein guter Text-Mensch. „Künstliche Intelligenz“ kommt nicht aus der Steckdose, ist Handarbeit und eignet sich nur für faktenbasierte Routine-texte. Und das korrekte „Füttern“ der Maschine ist sehr zeitaufwändig.

Faktencheck immer wichtiger

Stefan Voß leitet bei der Deutschen Presseagentur (dpa) in Berlin das Verifikationsteam. Sein tägliches Brot: Faktencheck. Im Workshop stellte er viele onlinebasierte Werkzeuge und spezielle Suchmaschinen vor, die es dem Journalisten erlauben, Fotos und Texte auf ihren Wahrheitsgehalt und Richtigkeit zu prüfen:



Stefan Voß leitet das Faktencheck-Team der dpa.
© Schröder (APB)

Ist es wirklich der behauptete Ort und die angegebene Zeit, zu der ein Foto entstanden ist? Wer ist wirklich auf den Bildern? Ist der Twitter-Account echt und ist die Homepage manipuliert? Am Beispiel des Synagogen-Attentäters von Halle vom Oktober 2019 konnten Fragen mit Hilfe spezieller Tools beantwortet werden: An welchen Orten hat sich der Täter nach

dem ersten Mord wirklich aufgehalten und wo nicht? Welche Strecke ist er wie schnell gefahren? Und warum konnte er aus dem eigentlich abgeriegelten Stadtviertel mit dem Auto fliehen? Es ergaben sich Fragen nach dem offenkundig mangelhaften Verhalten der Polizei, die Anstöße waren für weitere Recherchen.

Spürbarer Wandel

Die Quellen werden im digitalen Zeitalter immer mehr und die Urheber sind oft keine Profis. Was nicht bedeutet, dass deren Informationen automatisch unglaublich sind. Aber es sind eben auch Leute online unterwegs, deren Ziel die bewusste Desinformation und Täuschung ist. Der Faktencheck – nicht nur bei einer privilegierten Quelle wie der dpa – wird immer wichtiger. Der Wandel ist in den Redaktionen spürbar: Journalisten werden immer mehr ein Stück weit auch Ermittler und Kriminalisten. Ohne dass dabei die Grenzen und Aufgaben verschoben werden dürfen.



Michael Schröder

Ethische Aspekte der neuen digitalen Medienwelt

Medien haben zuletzt immer mehr an Bedeutung für unser Leben gewonnen. Dazu kommt die Digitalisierung in allen Bereichen. Unsere Tagung* verband beide Aspekte mit medienethischen Fragen, weil auch die für die Politische Bildung zentral sind.

DIE TAGUNG ermöglichte mit ihren wechselnden Formaten eine vielfältige Diskussion sowie einen produktiven Ideenaustausch zwischen Publikum und Referenten. Die Eröffnungsvorträge von Charles Ess und Simone Dietz boten spannende Ausgangspunkte für die weitere Diskussion. Sie thematisierten Fragen um die Wahrheit in der digitalen Öffentlichkeit und um ihre Rolle im Kampf um Aufmerksamkeit in der fragmentierten Medienlandschaft.

Erweiterung der Perspektive

Das erste Panel legte den Schwerpunkt auf die journalistische Praxis und vor allem ihre Regulierung im Sinne einer Professionsethik. Der Hamburger Medienrechtler Wolfgang Schulz beschäftigte sich mit den Verbindungen zwischen dem demokratisch legitimierten Recht und der Automatisierung im Bereich der öffentlichen Kommunikation mit Blick auf eine ethische Antwort auf die von dieser Automatisierung aufgeworfenen Fragen. Der Journalist und Kommunikationswissenschaftler Tanjev Schulz (Universität Mainz) plädierte für einen Meinungsjournalismus mit einer „Perspektiverweiterung“, die über den subjektiven Blick der einzelnen Journalisten hinausgeht.

Mangel an Selbstkritik

Eine Diskussion zur Ethik des Journalismus lässt sich derzeit kaum führen, ohne sich auf die Relotius-Affäre beim Spiegel zu beziehen. Dem aufsehererregenden Fall widmete sich Tobias Eberwein (Universität Wien). An dem Beispiel attestierte er dem Erzähljournalismus einerseits Professionalität bezüglich der Art und Weise, wie der Skandal betrachtet wurde, andererseits aber auch einen Mangel an Selbstkritik in Bezug auf Gründe und Konsequenzen des Falles selbst.

Genauso brisant wie der Fall Relotius ist das Thema der „Fake News“ und der gezielten Desinformation. Natalie Ryba, Ole Kelm und Marco Dohle von der Universität Düsseldorf erklärten am Beispiel der Flüchtlingsdebatte wieviel einfacher es ist, an „(Des-)Informationen“ zu glauben, die zu unseren eigenen Meinungen passen. Birte Högden (Universität Duisburg-Essen) berichtete über die Ergebnisse einer von ihr und ihren Kolleginnen gemachten Untersuchung, die Mittel zur Verfügung stellen sollte, um ein zweckmäßigeres Design für „Desinformations-Erkennungs-Softwares“ zu entwerfen. Das Panel endete mit medienethischen Analysen von Lisa Schwaiger und Mark Eisenegger (Universität Zürich), die sich mit dem umstrittenen demokratischen Potential der Nachrichtenverbreitung durch „alternative Medien“ und Online-Gegenöffentlichkeiten beschäftigten.

Ethik des Roboterjournalismus

Michael Litschka (FH St. Pölten) wählte YouTube als Objekt seiner Analyse der Filterblasen, die aus Algorithmen resultieren (können), und zeigte, wie die politischen Einstellungen der Nutzer den YouTube-Algorithmus und damit die Entstehung der Filterblasen selbst beeinflussten. Das Thema eines „ethischen“ Roboterjournalismus wurde von Thomas Zeilinger und Markus Kaiser behandelt, während sich Christian Schicha (alle drei Universität Erlangen-Nürnberg) mit dem Problem der Bildermanipulation, insbesondere von politischen Motiven, beschäftigte.

Alle diese medienethischen Fragen fordern eine spezifische Vermittlung von Medienkompetenz, die es ermöglicht, auch in der digitalen Welt medienmündig zu sein. Elfi Heinke und Michael Sengl (Universität Passau) präsentierten ihre Forschung zu einigen Initiativen von Journalisten und Medienunternehmen, die an dieser Vermittlung arbeiten.

Im Rahmen des letzten Panels reflektierten Teilnehmer und Experten über die theoretischen Implikationen der Beziehungen zwischen Wahrheit und Lüge im Mediensystem. Bei der ganzen Tagung wurden Ideen und Gedankenanstöße sowohl aus der Welt der akademischen Forschung als auch aus dem praktischen Journalismus miteinander verzahnt, was die produktive Diskussion zwischen Publikum und Referenten unterstützte.



Roberta Astolfi

* An der Hochschule für Philosophie München in Kooperation mit dem Netzwerk Medienethik und der DGPK-Fachgruppe Kommunikations- und Medienethik, Thema: Medien und Wahrheit: Medienethische Perspektiven auf „Fake News“, Künstliche Intelligenz und Agenda-Setting durch Algorithmen

Neue Technologien human gestalten

„Künstliche Intelligenz“ (KI) verändert alle Lebensbereiche: autonomes Fahren, Pflegeroboter und Gesichtserkennung sind nur Beispiele. Das „12. Forum Menschenwürdige Wirtschaftsordnung“* konzentrierte sich auf ethische Fragen bei Anwendung von KI. Es referierten und diskutierten Experten aus verschiedenen Disziplinen.



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

„DIE KÜNSTLICHE INTELLIGENZ wird unser Leben prägen“, sagte Christoph Lütge, „und ich glaube, dass das vielen nicht bewusst ist“, ergänzte er. Der Direktor des IEAI glaubt an die technologischen Möglichkeiten: Engpässe bei Medikamenten verhindern, bedrohte Tierarten retten und Kinder erziehen. „KI kann zu einer besseren Gesellschaft beitragen, aber ohne Ethik wird sie sich nicht durchsetzen.“ Davon ist Lütge überzeugt. Konsumentenumfragen würden bestätigen, dass die Akzeptanz der KI entscheidend auch von ihrer ethischen Fundierung abhängt. In den einzelnen Anwendungsbereichen der KI gehe es aber um die Beantwortung recht unterschiedlicher ethischer Fragen.

Regeln für Algorithmen

Beim Einsatz von Pflegerobotern müssten beispielsweise Fragen der Menschenwürde u. a. dann beachtet werden, wenn direkte menschliche Zuwendung notwendig sei. Beim autonomen Fahren gelte es, ethische Regeln für kritische Entscheidungssituationen vor allem bei möglichen Unfällen aufzustellen. So habe bereits im Juni 2017 eine von der Bundesregierung eingesetzte Ethikkommission, an der Christoph Lütge mitwirkte, 20 Regeln aufgestellt, nach denen die Algorithmen programmiert werden sollten. Einer der wesentlichen Grundsätze lautet: Die Zahl der Personenschäden soll minimiert werden, es dürften aber nicht potentielle Opfer gegeneinander aufgerechnet werden (z. B. Jung gegen Alt). Zudem sei verboten, z. B. Fußgänger zu opfern, um Autofahrer zu schonen.

Im Autoland Deutschland erhält kaum eine KI so viel Aufmerksamkeit wie die beim autonomen Fahren. Markus Lienkamp, Inhaber des Lehrstuhls für

Fahrzeugtechnik an der TU München, sieht die Technologie auf einem guten, aber weiten Weg. Er glaubt, dass sein Institut in drei Jahren ein Fahrzeug bauen könne, das den Arc de Triomphe in Paris im mehrspurigen Kreisverkehr umrundet. „Das geht natürlich nicht ohne Risiko. Ohne Risiko gibt es kein Autofahren“, sagte Lienkamp. Wie Risiken verteilt werden, sei wiederum eine Frage der Ethik.

Unsicherheiten

Lienkamp denkt dabei nicht zuerst an die Möglichkeit einer feindlichen Übernahme und Fremdsteuerung der Fahrzeuge, sondern an ganz praktische Probleme. Autonome Autos sind kaum in der Lage, den

Bodenbelag der Fahrbahn sicher vorherzusagen. In Kalifornien, wo Google und Tesla ihre Fahrzeuge testen, spielt das kaum eine Rolle, im europäischen Winter hingegen schon. Hier könnten mehr Unfälle passieren als mit menschlichen Fahrern, die mit Glatteis vertraut sind. Obwohl Entscheidungen über Leben und Tod eine Ausnahme bleiben werden, muss die Gesellschaft ent-



Markus Lienkamp: „Wie sollen sich autonome Autos in einem Dilemma verhalten?“

© Winterer (APB)

scheiden, wie sich autonome Autos in einem Dilemma verhalten: Überfahren sie einen Menschen oder fünf? Prallen sie an einen Baum oder rasen sie in eine

* In Kooperation mit dem neugegründeten „Institute for Ethics in Artificial Intelligence“ der TU München (IEAI)

Menschenmenge? „Es wird oft gefordert, Risiken fair zu verteilen. Aber wer würde sich in ein Auto setzen, von dem bekannt ist, dass es Risiken fair verteilt?“, fragte Lienkamp.

Große Vorbehalte

In der Pflege bergen Roboter zwar kaum Lebensgefahren, frei von Risiken sind sie jedoch auch nicht. Assistenzsysteme, die an die Einnahme von Tabletten erinnern, Alarm schlagen, wenn die Badewanne überläuft, und Gesprächsthemen vorschlagen, stärken zwar die Autonomie von Pflegebedürftigen, fördern gleichzeitig aber ihre Unselbständigkeit. Die Vorbehalte gegenüber Robotern, die Menschen pflegen, sind weiterhin groß. „Ein Roboter kann aber auch Scham verhindern“, sagte Nikola Biller-Andorno vom Institut für Biomedizinische Ethik der Universität Zürich und verwies auf die Intimpflege durch Fremde, die für viele einen Verlust der Lebensqualität bedeutet. Übernimmt diese ein Roboter, bleibt dem Pflegepersonal „mehr Zeit für Menschlichkeit“, wie es Biller-Andorno formulierte. Jeder Mensch müsse aber selbst entscheiden dürfen, ob er von einem Roboter gepflegt werden möchte. In Zukunft werde sich zeigen, ob Roboter nur ein unvollkommener Ersatz für die Mensch-Mensch-Beziehung bleiben oder ob Mensch und Sensoren zusammenwachsen.



Nikola Biller-Andorno: „Pflegroboter lassen dem Personal mehr Zeit für Menschlichkeit.“

Objektivere Bewertung?

Das gilt auch für Vorstellungsgespräche, auf die Roboter Matilda spezialisiert ist. Die „intelligente“ Puppe sitzt vor Bewerbern und stellt 76 Fragen. Bei den Antworten interessieren die Maschine nicht nur die Antworten, sondern auch die Mimik des Gegenübers. Wo Kritiker Willkür befürchten, sieht Christoph Lütge die Chance, Bewerber fairer zu bewerten als bisher: „Personalchefs entscheiden nicht immer rational.“ Oft würden sie – bewusst oder unbewusst – einen bestimmten Typ



Christoph Lütge: „Akzeptanz der KI hängt entscheidend von ihrer ethischen Fundierung ab.“

Mensch bevorzugen. Entscheidend sind bei Systemen wie Matilda die Trainingsdaten, mit denen sie gefüttert wurden, um später selbstständig Entscheidungen zu treffen. Diese Daten werden aber von Menschen erstellt.

Nachvollziehbare Entscheidungen

„Risiken sind aber nicht notwendigerweise überall vorhanden“, betonte der Jurist Christian Djeffal (TU München). KI könne beispielsweise helfen, im Internet



Christian Djeffal: „KI macht in vielen Bereichen Entscheidungen transparent.“

Datenschutzpräferenzen umzusetzen. „Wer klickt sich schon durch die Privatsphäreneinstellungen aller Websites, die er nutzt?“, fragte er. Außerdem mache KI in vielen Bereichen Entscheidungen transparent. Als Beispiel nennt Djeffal den Berliner Schulsprengel. Eltern wollen wissen, wieso ihr Kind auf eine bestimmte Grundschule gehen muss. Mit einer datengestützten

KI lassen sich die Parameter leichter nachvollziehen, die bei der Entscheidung eine Rolle spielen, darunter die soziale Zusammensetzung der Schule und ein möglichst kurzer und gefahrloser Schulweg.

Digitales Proletariat

Durch die Diskussion über die Vor- und Nachteile von KI gerät eine andere Frage in den Hintergrund, die in Zukunft wichtiger wird: Wie werden die Daten vergütet, auf denen ein künstliches System basiert? „Die meisten Unternehmen bezahlen Menschen nur für die Dienstleistung, also die Erstellung der Trainingsdaten, nicht für das Endsystem“, erklärte Djeffal. In der Konsequenz drohen marktbeherrschende Arbeitgeber und ein digitales Proletariat. Hier könnten aber, so Holger Bonin vom Institute for Labor Economics (IZA), neue Lösungen und staatliche Regulierungen – z. B. verpflichtende Sozialabgaben der Plattformen – gefunden werden, um zumindest eine gewisse soziale Absicherung der digitalen Arbeitnehmer zu ermöglichen.

Arbeit im digitalen Wandel

Insgesamt sieht Bonin die Zukunft des Arbeitsmarkts nicht pessimistisch. So hätten auch Menschen mit Behinderung oder ohne zertifizierten Abschluss durch Online-Arbeit sogar bessere Chancen auf einen guten Job. Ein Ende der Arbeit sieht er durch KI nicht. „Routinetätigkeiten lassen sich leicht ersetzen, aber

es werden auch neue Jobs entstehen. Wer kannte bis vor wenigen Jahren YouTuber und Blogger?“, fragte Bonin. Vor allem in der Industrie müssten Mitarbeiter jedoch rechtzeitig geschult werden, um künftig auch abstrakte Tätigkeiten auszuführen. „Alle werden das nicht schaffen“, gibt er zu.

Gesellschaftliche Kontrolle

„Algorithmen können rassistisch sein“, sagte Jürgen Pfeffer (Hochschule für Politik München). Technologien seien nicht neutral, denn hinter ihnen stehen Menschen. Fairness im Netz bräuhete Transparenz mittels Open Data. Missbräuche und Manipulation im Netz seien kein individuelles Problem. Einzelne könnten sich nicht wehren. Facebook, Google und Co. benötigten ernstzunehmende Gegenüber und Partner, so Pfeffer. Chris Köver von netzpolitik betonte deshalb: „Wir müssen als Gesellschaft entscheiden, wo wir solche Systeme einsetzen wollen und

wo nicht.“ Kritisch sieht sie unter anderem die automatische Gesichtserkennung und die Verteilung von Sozialleistungen durch KI.



Beate Winterer
Wolfgang Quaisser



© GERD ALTMANN/PIXABAY.COM

Allgegenwärtig und vielfältig

Auch die Politische Bildung ist in Corona-Zeiten herausgefordert, ihr Publikum auf neuen Kanälen zu erreichen: Dank unseres Kooperationspartners, der Technischen Hochschule Nürnberg, konnten wir den Schritt wagen und den Beginn der „Ringvorlesung Technikjournalismus“ zur „Künstlichen Intelligenz“ ins Internet verlegen. Es wird nicht die letzte Online-Vorlesung gewesen sein.

ERST IM OKTOBER letzten Jahres hatte Ministerpräsident Markus Söder die „Hightech Agenda Bayern“ vorgestellt, ein Förderprogramm in Milliardenhöhe für die Forschung in Bayern. Eine der wichtigsten Säulen der Agenda ist die Investition in „Künstliche Intelligenz“ (KI). Schließlich entwickelt sich die Wirtschaft in Deutschland immer stärker vom produzierenden Gewerbe hin zu Wissens- und Technologie-



© MESTER

dienstleistungen. Sprachassistenten haben bereits in vielen Haushalten Einzug erhalten. Auch Wetterberichte auf Smartphones oder der Liveticker eines Fußballspiels sind häufig von KI generiert. „Automatische Gesichtserkennung, Hautkrebsdiagnosen, das Aufdecken von Bildfälschungen – mit dem Begriff ‚Künstliche Intelligenz‘ werden die unterschiedlichsten Technologien und Anwendungen beschrie-

ben. Doch neben sinnvollen Lösungen werden auch immer wieder fragwürdige Produkte angeboten. Deshalb beleuchten wir in der Ringvorlesung die verschiedensten Aspekte von KI“, erläutert unser Kooperationspartner Markus Kaiser, Professor für Praktischen Journalismus an der TH Nürnberg.

Livestream aus dem Studio

An fünf Abenden diskutieren bei der Ringvorlesung also Expertinnen und Experten aus Wirtschaft und Forschung Chancen und Risiken von KI, rechtliche Aspekte und die Auswirkungen auf die Medienbranche. Den Auftakt machte Niraimathi Appavu-Gauss vom Fraunhofer-Institut für Integrierte Schaltungen. Aus bekannten Gründen sprach sie im Livestream aus einem fast menschenleeren Fernsehstudio der TH Nürnberg – organisiert und durchgeführt von Studierenden des Studiengangs Technikjournalismus/Technik-PR unter der Leitung von Studioleiter Norbert Weigand und Stefan Fries vom Learning Lab der TH.

Bandbreite wächst

„Künstlich? Intelligent? Eine Chance oder Gefahr?“ So der Titel unserer ersten Online-Vorlesung. Niraimathi Appavu-Gauss erläuterte, warum KI plötzlich so allgegenwärtig erscheint, zeigte Beispiele für aktuelle Anwendungen und den Einfluss auf verschiedene Industrien und unser privates wie berufliches Leben. Generell ist die Rechenleistung unserer Informationssysteme inzwischen gleichzusetzen mit der eines menschlichen Gehirns, die Bandbreite der Datenübertragung wächst und wächst, ebenso die Kapazität der Daten, die ein Computer aufnehmen kann. All das zusammen erklärt den derzeitigen Hype um die KI. Die ist unterwegs vom deklarativen Wissen („Die Straße ist weiß – es hat geschneit“) hin zu heuristischem Wissen, das Lösungswege von selbst erkennt und zum Beispiel erklären kann, warum ein Auto nicht anspringt – und nicht nur, dass es nicht anspringt.

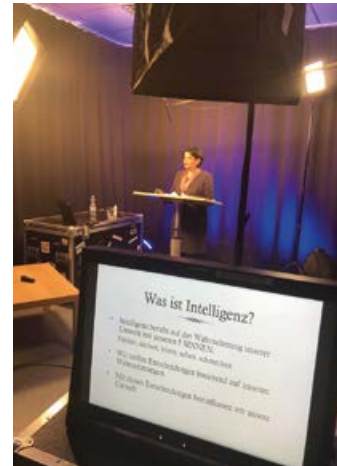
Vielfältige Anwendungen

- Die Produktion von Waren nach Kundenwunsch (smart factory): Da wird der erste BMW in der Produktionsreihe blau, der nächste grün, der nächste hat vier Räder, der übernächste womöglich sechs. Alles scheint möglich.
- Lieferketten können in Echtzeit angepasst und im besten Fall optimiert werden (smart logistics).
- Bei smart maintenance wird es kompliziert – denn die Wartung von Produkten erschwert sich, weil sie immer individueller werden. Aber mit Sicherheit findet die KI alsbald eine Lösung.
- Die optimale Nutzung von Energie und Datenströmen (smart grid).

Smarte Autos fahren alleine; die Gesichtserkennung erkennt, in welchen Bus ich einsteige und wie viel meine Fahrt kostet, mein Haus weiß mit seinen Sensoren mehr über meinen Gesundheitszustand als ich selbst.

Gefahr für Jobs?

Die KI wird allgegenwärtig. Und deshalb gibt es die Angst, dass sie (und ihre Roboter) Arbeitsplätze von Menschen ersetzen können. Gerade kleinere und mittelständische Unternehmen fragen sich, ob die KI womöglich mehr Gefahr als Chance für ihren Industriezweig und ihr Geschäftsmodell darstellt. Wie sollten sich die Industrien vorbereiten, um ihren Weg durch eine Zeit zu finden, in der ihre heutigen Geschäftsmodelle nicht mehr funktionieren? „Bahnbrechende Innovationen erschaffen mehr Jobs, als sie vernichten“, gibt sich Appavu-Gauss gelassen. Gerade die Autoindustrie, die derzeit besonders viel unter dem Anpassungsdruck stöhnt, sei das beste Beispiel dafür. Sie ist sicher: Wenn die Menschheit flexibel, wissbegierig und wachsam bleibt und die Expertinnen und Experten ihre Erkenntnisse sinnvoll einbringen – dann kann das Zusammenwirken von menschlicher und künstlicher Intelligenz gewinnbringend sein.



Niraimathi Appavu-Gauss beim Livestream aus Nürnberg

© Kaiser

Sebastian Haas

Die Ringvorlesung Künstliche Intelligenz des Studiengangs Technikjournalismus/Technik-PR wird im Sommersemester 2020 in Kooperation mit den Nürnberger Nachrichten, dem Deutschen Institut für Change-Prozesse und digitale Geschäftsmodelle, der Nürnberger Initiative für Kommunikation (NIK), den CommClubs Bayern und dem Nürnberg Digital Festival durchgeführt. Wegen der derzeitigen Ausgangsbeschränkungen findet sie das gesamte Sommersemester hindurch im Netz statt. Live oder als Aufzeichnung auf YouTube: <https://www.youtube.com/channel/UC1x2KI48gNG3JXFu38KP6pw>



Die nächsten Termine, immer montags ab 19 Uhr: 11. Mai, 25. Mai und 8. Juni.

Wenn YouTube ins Klassenzimmer kommt

Die Digitale Transformation ist ein offener Prozess, der aktiv politisch gestaltet werden kann und muss – mit Folgen für alle Schularten und alle -fächer.

DER ERZIEHUNGSWISSENSCHAFTLER Eckart Liebau ist Vorsitzender des Rats für Kulturelle Bildung und präsentierte dessen „YouTube-Studie“ vom Herbst 2019. Sie zeigt, dass die Videoplattform bei Jugendlichen die erfolgreichste und meistgenutzte Internetplattform mit hoher Bedeutung im Alltag ist. Unterhaltung und Kommunikation haben dabei einen großen Stellenwert, aber auch schulische Themen werden von fast 50 Prozent als wichtig angegeben. Die Filme helfen bei Hausaufgaben, Wiederholungen und Prüfungsvorbereitungen.

Aktivierungspotential nützen

Liebau sieht eine grundlegende Änderung von Bildungs- und Lernprozessen durch die Verschränkung der analogen und der digitalen Welt. Problematisch sei, dass dies alles auf einer kommerziellen Plattform außerhalb des deutschen Rechts passiere und sich somit öffentlicher Kontrolle entziehe. „YouTube ist das jugendliche Leitmedium und ein Kulturort. Das muss im Unterricht berücksichtigt werden“, sagte Liebau. Nötig sei die Entwicklung einer „Kultur der Digitalität“. Die Jugendlichen würden auf YouTube durchaus auch angeregt, selbst aktiv und kreativ zu werden. Dieses Aktivierungspotential digitaler Medien müsse im Unterricht genutzt werden.

Clips über Politik

Mirko Drotschmann ist seit 2012 Video-Blogger auf YouTube. Auf seinem Kanal „MrWissen2go“ beschäftigt er sich durchschnittlich einmal pro Woche mit aktuellen politischen und gesellschaftlichen Themen. Fast 1,2 Millionen Menschen – meist zwischen 18 und 34 – haben sein Programm abonniert. Wenn es die Aktualität erfordert, kann auch mal schnell aus dem Urlaub



Mirko Drotschmann sendet als „MrWissen2go“ politische Erklärvideos auf YouTube.

© Verbraucherzentrale Bundesverband
(https://www.flickr.com/photos/vzbv_de/30424590503/ (cc-by-2.0))



© MESTER

ein aktueller Clip gepostet werden. Und was passiert, wenn in der Hektik Fehler passieren und die Namen lebender und verstorbener iranischer Revolutionsführer verwechselt werden? „Wenn es wichtig ist, hänge ich schon mal einen schriftlichen Kommentar mit der Richtigstellung dran“, sagt Drotschmann. Inzwischen erarbeitet er seine Videos gemeinsam mit verschiedenen Mitarbeitern und sein Kanal ist Teil des öffentlich-rechtlich finanzierten Online-Angebots *funk* von ARD und ZDF. Die Klickzahlen bewegen sich je nach Thema zwischen 270 000 (Cannabis) und 900 000 (Coronavirus).

Anfällig für Populismus

Akademiedirektorin Ursula Münch wies auf die positiven und negativen Potenziale der Digitalisierung in Bildungsprozessen hin. Einerseits würden die Plattformen den Nutzern mehr Autonomie verleihen und der Austausch mit Gleichgesinnten ermögliche die Überwindung von Machtbarrieren. Kommunikation würde dezentralisiert und demokratisiert: Jeder könne senden. Es gebe eine neue „fünfte Gewalt“ der vernetzten Vielen. Auf der Minus-Seite stünden dagegen der Bedeutungsrückgang journalistischer „Gatekeeper“ und damit der Verlust von zivilisierender Strukturierung und Filterung. Diese „gatekeeperfreien Zonen“ begünstigten die Anfälligkeit für Vereinfachung und Populismus.

Überforderung des Publikums

Die sinkende Nachfrage nach klassischen Medien führe zur Verkleinerung der Schnittmengen im öffentlichen politischen Diskurs. Außerdem gebe es eine steigende Unsicherheit über die Integrität und Identität eines Kommunikators. Das Publikum werde durch die Gleichzeitigkeit und Enträumlichung bei der Wahrnehmung von Ereignissen überfordert. Das fördere wiederum den Rückzug in Teilöffentlichkeiten. Bild-



© KALHH/PIXABAY.COM

und Videofälschungen seien technisch kein Problem mehr und die Beschleunigung global zirkulierender Falschnachrichten begünstigten die Eskalation von internationalen Konflikten.

Mediale und digitale Alphabetisierung

Münch skizzierte die Herausforderungen für die Politische Bildung: Schutz von Freiheit und Demokratie könnten nicht allein dem Staat überlassen werden. Es gebe hohe Anforderungen an die Bürgerschaft: Die Bedeutung der Ausübung von Bürgerpflichten

wie Wählen und deren Folgen müssten stärker betont werden. Die Urteilsfähigkeit der Bürger gehöre geschärft und die Befähigung zum Grundverständnis politischer Prozesse müsse ausgebaut werden. Schließlich sollte auch die Gemeinwohlorientierung wieder stärker in den Blick genommen werden. „Wir brauchen eine mediale und digitale Alphabetisierung“, sagte Münch. Digitale Bildung müsse in der Kombination mit Politischer Bildung die gesellschaftspolitischen, ökonomischen und ethischen Aspekte der Digitalen Transformation einbeziehen. Das Ziel sei die Befähigung zur kritisch-reflexiven Auseinandersetzung mit den Ursachen sowie den Folgen der Digitalen Transformation. Einer so verstandenen digitalen Medienkompetenz komme eine Schlüsselrolle als Teil von Demokratiekompetenz zu.



Michael Schröder

Linktipps:

MrWissen2go

https://www.youtube.com/channel/UCZHplFMfoJJ_1QxNGLJTzyA



YouTube-Studie



Neue digitale Angebote der Akademie

Akademie fürs Ohr

WIR HABEN während der Corona-Krise unser neues Podcast-Projekt gestartet. Es soll einen kleinen Ersatz für die Tagungen bieten, die wegen der SARS-CoV-2-Pandemie bereits ausgefallen sind oder noch ausfallen werden. Unter dem Titel „Akademie fürs Ohr“ spricht unsere Pressereferentin Beate Winterer regelmäßig mit der Direktorin, dem wissenschaftlichen Kollegium und den Kollegen aus der Bibliothek über die Auswirkungen der Corona-Krise auf unsere Arbeits- und Forschungsbereiche. Die ersten Episoden sind online. Anja Opitz erklärt, „Warum Gesundheit Sicherheitssache ist“ und Ursula Münch diskutiert die Frage „Ist Populismus ansteckend?“. Michael Schröder erläutert die Rolle der Medien in der Corona-Krise und Wolfgang Quaisser geht der Frage nach, wie krank die Wirtschaft ist.

Sie finden den Podcast unter <https://akademiefuersohr.podigee.io/> kostenlos zum Download. Ebenso auf Spotify, Deezer, YouTube und iTunes. Wir freuen uns, wenn Sie den Podcast abonnieren, in den Sozialen Medien teilen und ihn Freunden, Familie und Kooperationspartnern empfehlen.

Das Projekt soll auch nach dem Ende der Corona-Krise weitergeführt werden und zum festen Bestandteil unseres Online-Angebots werden.

<https://akademiefuersohr.podigee.io/>



Werkstattgespräche

Die Corona-Krise hat uns einen gewaltigen Strich durch das Tagungsprogramm gemacht. Aber auch wenn aktuell keine Gäste im Haus sein dürfen und die meisten Kolleginnen und Kollegen daheim arbeiten, gibt es in der Akademie genug zu tun: Publikationen, Forschungsarbeiten, Medienauftritte und natürlich die (Um-)Planung unserer Veranstaltungen sind nur einige der aktuellen Aufgaben. Woran wir arbeiten, erzählen wir regelmäßig auf der Homepage der Akademie in der Video-Serie „Werkstattgespräch“.



MS

<https://www.apb-tutzing.de/news/>



Welt in Unordnung

Die aktuelle Lage der internationalen Beziehungen ist gekennzeichnet durch neue Formen hybrider Kriege und wechselnde, instabile Koalitionen. Die zunehmend passivere Rolle der USA lässt ein Machtvakuum entstehen, in das andere Akteure der Weltpolitik wie Russland und die Türkei hineingehen können.

FELIX BIERMANN (Universität München) sieht die Weltklimapolitik nach der gescheiterten Konferenz von Madrid im Herbst 2019 als „Scherbenhaufen“: „Sie war schlecht vorbereitet und brachte kein Ergebnis. Wir waren schon mal besser – zum Beispiel nach der Pariser Konferenz von 2015.“ Einen der Gründe sieht der Münchner Politikwissenschaftler im „Sinneswandel in den USA unter Trump, der seine Wählerklientel in den Kohle- und Stahlregionen beruhigen will.“ Die Probleme seien alt, aber die Herausforderungen neu: „Es ist die Tragik der Allmende: Frei verfügbare, aber begrenzte Ressourcen werden nicht effizient genutzt und sind durch Übernutzung bedroht.“



Felix Biermann sieht eine grundlegende Veränderung in der politischen Kultur des Westens und „Identitätspolitik“ auf dem Vormarsch.

© Schröder (APB)

Neo-Merkantilismus

Das Handelsbilanzdefizit der USA gegenüber China betrug 2018 knapp 420 Mrd. US-Dollar. Die Welthandelsorganisation WTO sei praktisch arbeitsunfähig, weil die USA sie blockiert. Die Welt sei auf dem Weg zum Bilateralismus und zum Neo-Merkantilismus. Die alte Rechts-Links-Spaltung sei überholt. Aktuell gehe es um den Gegensatz zwischen kosmopolitisch und kommunitaristisch. Biermann sieht eine grundlegende Veränderung in der politischen Kultur des Westens: Überall mache sich „Identitätspolitik“ breit, die mit der „Angst vor Überfremdung“ zünde. Jüngstes Beispiel sei die erfolgreiche Brexit-Kampagne von Boris Johnson. Es gehe um das Zurückgewinnen von Kontrolle, nicht um das ökonomisch Sinnvolle.



© MESTER

Die bisherige „Liberale Internationale Ordnung (LIO)“ gerate zunehmend unter Druck: durch den sicherheitspolitischen Rückzug der USA in Syrien, dem Jemen und im Irak; durch Betonung von Souveränität und relativen Gewinnen in der Klima- und Handelspolitik und durch die zunehmende ökonomische und militärische Macht von Staaten wie China, Russland, Brasilien und Indien.

Multipolare Ordnung

Seit Jahren entwickle sich eine multipolare Ordnung mit zunehmender Internationalisierung der Produktion. Die Globalisierung produziere Gewinner und Verlierer. Die Welt spalte sich in „grün-alternative Linke“ und „traditionalistisch-autoritäre Nationalisten“. Diese Diagnose gelte für die USA und Europa gleichermaßen. Mit „Mauern“ könne man leider wieder Wahlen gewinnen, sagte Biermann.

Auch die Politikwissenschaftlerin Gerlinde Groitl von der Universität Regensburg sieht „die Welt aus den Fugen und eine Krise der internationalen Ordnung“. US-Präsident George W. Bush begann 2003 nach dem Terrorangriff vom 11. September 2001 den Irak-Krieg. Damit war die Diskussion über die Verteilung der militärischen Lasten innerhalb der NATO eröffnet. Für die USA gilt seit damals: Die Mission bestimmt die Koalition. Die Europäer sehen es umgekehrt: Die Koalition steht zuerst und bestimmt danach die Mission. Die EU war gespalten, in der NATO gab es einen Zwist. Ab 2007 begann nach Groitl die Erosion des Westens und der Liberalen Internationalen Ordnung. Die internationale Finanzkrise 2008 wurde auch zur Krise der EU. In vielen europäischen Staaten erwachsen populistische Parteien und Bewegungen und autoritäre Staaten wie Russland und China werden mächtiger.

Autokratie und Staatskapitalismus

In den USA propagierte der neue US-Präsident Obama einen „aktivierenden Multilateralismus“. Gleichzeitig kam es innenpolitisch in den USA zu einer parteipolitischen Polarisierung. Autokratie und Staatskapitalismus wurden zu konkurrierenden Ordnungsvisionen anstatt der LIO. Chinas Militärausgaben liegen mit 216 Mrd. US-Dollar zwar immer noch deutlich unter denen der USA (610 Mrd. US-Dollar), haben aber eine Steigerungsrate von 167 Prozent. Ähnlich sehe es in Saudi-Arabien und Russland aus.

Trump mache „Politik durch Twitter“, sagte Groitl. Die Vermengung von Fakten und Fiktion sei die Grundlage von nationaler und internationaler Politik geworden. Das erschwere die Kommunikation und zerstöre

Vertrauen. Bei den großen politischen Problemen wie Zukunft der NATO, Handels- und Klimapolitik sieht sie fundamentale Gegensätze zwischen den USA und der EU. Erschwerend komme hinzu, dass es in der EU zahlreiche Brüche und Uneinigkeit gebe. Insgesamt also schwierige Zeiten für die internationale Ordnung. Das „L“ der IO bleibt umstritten. 

Michael Schröder



Gerlinde Groitl: „Fundamentale Gegensätze zwischen den USA und der EU.“

AKADEMIE INTERN

Akademiedirektorin:

Prof. Dr. Ursula Münch

Vorsitzender des Kuratoriums:

Dr. Friedrich Wilhelm Rothenpieler

Vorsitzender des Beirats:

Prof. Dr. Klaus Meisel

Kollegium:

Roberta Astolfi M.A.

Ethische und theoretische Grundlagen der Politik

Dr. Saskia Hieber

Internationale Politik, Schwerpunkt Asien-Pazifik

Dr. Andreas Kalina

Gesellschaftlicher und politischer Wandel

Dr. Gero Kellermann

Staats- und Verfassungsrecht, Rechtspolitik

Dr. Michael Mayer

Zeitgeschichte

Dr. Anja Opitz

Internationale Politik

Dr. Wolfgang Quaisser

Wirtschafts- und Sozialpolitik

Dr. Michael Schröder

Medien, Kommunikationspolitik, Öffentlichkeitsarbeit

Dr. Manfred Schwarzmeier

Organisationsreferent

Parlamentarismus- und Parteienforschung

Jörg Siegmund M.A.

Persönlicher Referent der Direktorin

Demokratie- und Wahlforschung, Politikevaluation

Presse- und Öffentlichkeitsarbeit:

Beate Winterer M.A.

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Neue Forschungen zur NATO-Osterweiterung

Nach der Annexion der Krim 2014 kamen in Russland Stimmen auf, die wegen der Osterweiterung der NATO von einem „Verrat des Westens“ sprachen. Aber wie war nach 1990 die Aufnahme neuer Mitglieder geplant?

DER AMERIKANISCHE Präsident Clinton lachte im Oktober 1995 herzlich während der Rede des russischen Präsidenten Jelzin. Clintons Berater hatten bemerkt, dass Jelzin in den gemeinsamen Besprechungen angetrunken war. Da es nicht half, dem russischen Präsidenten heimlich Wasser in den Wodka zu schütten, ersannen die Berater Clintons eine andere Strategie. Um zu verhindern, dass die Welt den jämmerlichen Zustand Jelzins bemerkte, sollte Clinton bei der gemeinsamen Pressekonferenz herzlich lachen und den Anschein erwecken, als sei Jelzin zum Scherzen aufgelegt. So wollte man die peinliche Situation überspielen.

Mary Sarotte von der Harvard University nutzte das Foto von diesem Ereignis, um auf die amerikanisch-russischen Beziehungen im Zusammenhang mit der NATO-Osterweiterung einzugehen. Sie sprach bei einer Veranstaltung der Akademie mit dem Amerikahaus in München und stützte ihren Vortrag auf Dokumente der Regierungen von Bush und Clinton, die kürzlich auf ihren Antrag hin freigegeben wurden. Sarotte untersuchte dabei, wie die US-Führung nach 1989 mit den Staaten in Mittelosteuropa umgehen wollte, die aus dem sowjetischen Machtbereich ausgeschert waren.



Mary Sarotte stützte ihren Vortrag auf kürzlich freigegebene Dokumente.

© Amerikahaus München

Vorsichtiges Vorgehen

Washington entschied sich prinzipiell, die neue Sicherheitsarchitektur in Europa weiterhin auf der NATO beruhen zu lassen. Andere Modelle wurden bereits unter dem Präsidenten George Bush sen. verworfen. Doch plante die US-Administration anfangs eine langsame NATO-Erweiterung: So sollten potentielle Neumitglieder zuerst für einige Jahre in den NATO-Kooperationsrat eintreten. Einzelne Staaten sollten anschließend für einen Zeitraum von drei bis fünf Jahren einen Sta-



Die im Text beschriebene Ansprache des damaligen russischen Präsidenten Jelzin, über die sich Bill Clinton so amüsiert.

© Kremlin.ru/wikimedia CCO 4.0

tus als assoziierte Mitglieder erhalten. Erst nach insgesamt sieben bis zehn Jahren war eine Vollmitgliedschaft vorgesehen. Diese Planungen hatten zum Ziel, möglichst vorsichtig vorzugehen, um Russland nicht vor den Kopf zu stoßen.

Russland in die NATO?

1993 wurde zudem vom Pentagon die „Partnerschaft für den Frieden“ erdacht, wodurch Nicht-NATO-Mitgliedstaaten eng mit der NATO zusammenarbeiten konnten. Dieses Programm hatte den Vorteil, dass auch Russland einbezogen werden konnte. Jelzin war ein großer Anhänger dieses Programms, da er insgeheim hoffte, in die NATO aufgenommen zu werden, um damit den militärischen Wert des Bündnisses ad absurdum zu führen.

Der Bundesrepublik erschien ein langwieriger Erweiterungsprozess indes nicht sinnvoll. Vizeadmiral Ulrich Weißer betonte etwa 1993, dass es einfacher wäre, Deutschland in einem möglichen Krieg auf polnischem Boden zu verteidigen und nicht auf deutschem Gebiet. Auch in den USA ging man davon aus, dass langfristig nicht 95 Prozent der amerikanischen Truppen in Europa in Deutschland verbleiben könnten. Eine rasche Erweiterung der NATO wurde deshalb angemahnt.

Zugleich stellte Russland nun immer weitergehende Forderungen. Die Republikaner in den USA griffen dies bei Zwischenwahlen 1994 auf und erzielten so einen deutlichen Wahlsieg. Dadurch wurde Clinton unter Druck gesetzt, um eine möglichst rasche Erweiterung der NATO durchzusetzen. Auf dem NATO-Gipfel in Madrid wurde deshalb 1997 die Aufnahme der ersten drei Staaten bis 1999 beschlossen.



Michael Mayer

Tipp

Mary Sarottes Forschungen werden im nächsten Jahr als Buch erscheinen.

Den Osten im Blick

Die europäische Erweiterungs- und Nachbarschaftspolitik auf dem Prüfstand

Eines der Hauptmerkmale des europäischen Einigungsprozesses ist seine Offenheit: In Bezug auf die Tiefe der Integration sprechen die Verträge von einer „immer engeren Union“ und auch geografisch scheint die Integration keine festen Grenzen zu kennen – zumal mit Blick auf Europas Osten.

DIESE DOPPELTE OFFENHEIT hat die Dynamik der Einigung befeuert, zugleich aber Ungewissheiten wachsen lassen: So haben die bisherigen Erweiterungsrounds Stabilität und Wohlstand in den neuen Mitgliedstaaten maßgeblich begünstigt und dadurch die Sicherheit und Prosperität ganz Europas befördert. Im gleichen Maße haben sie die ökonomische und kulturelle Heterogenität innerhalb der Union gesteigert – und dadurch Ungewissheiten wachsen lassen. Als Folge wird die Legitimität der größer werdenden Union zunehmend herausgefordert. Bei unserer Tagung* haben wir die Erweiterungspolitik bilanziert und nach deren künftiger Gestaltung im Spannungsfeld von Nachbarschaft, privilegierter Partnerschaft und realistischer Beitrittsoption gefragt.

Debatten über die Finalität

Soll die EU auch künftig auf Rückhalt und Loyalität der Bürger ihrer Mitgliedstaaten vertrauen, muss sie klare Perspektiven bieten. Das gilt nicht alleine in Bezug auf einzelne zu gestaltende Politikfelder, sondern auch hinsichtlich der Finalität des Integrationsprozesses: So verfügt Europa zwar über relativ klare Grenzen nach Norden, Süden und Westen. Die Frage nach der östlichen Grenze hingegen ist offen – und ihre Beantwortung kritisch und entscheidend zugleich, so Peter Nitschke von der Universität Vechta: Auf der einen Seite sei es Unsinn, Europa auf die EU zu reduzieren. Auf der anderen Seite erscheint es angesichts struktureller, kultureller, sozialpolitischer, staatsphilosophischer, ökonomischer und demografischer Unterschiede zwischen den Staaten Europas vermessen, künftig alle als Mitglieder einer engen Union zu konzipieren. Vielmehr bedür-



© MESTER

fe es heute mehr denn je eines offenen, politisch wie gesellschaftlich geführten Diskurses, wofür man eine Europäische Union benötige, welche Struktur für dieses Gebilde angemessen und wie das Verhältnis zu benachbarten Staaten und Regionen zu gestalten sei.

Beitrittsblues zwingt zum Umdenken

Bei den bisherigen Erweiterungsrounds von einer „EG der sechs“ zu einer „EU der 28“ galt der „EU-Beitritt als die erhoffte Catch-all-Lösung für Staaten der Peripherie auf ihrem Weg der Konsolidierung zu demokratischen Wohlfahrtsstaaten“, so Barbara Lippert, Forschungsdirektorin der Berliner Stiftung Wissenschaft und Politik. Zugleich diene die Erweiterung als Schwungrad für interne Reformen der Gemeinschaft. Heute greife diese Funktionalität so nicht mehr: Die kulminierenden Krisen – von der Finanz- und Staatsschuldenkrise, über die sogenannte Migrations- bis hin zur Corona-Krise lassen viele am Sinn der Integration zweifeln. Wo es bislang nur weiter und tiefer hieß, weist heute der Brexit unmissverständlich auf Erosionstendenzen hin. Insgesamt ist nicht nur bei den bestehenden Mitgliedstaaten eine Erweiterungsmüdigkeit, sondern bei den Kandidaten zunehmend ein Beitrittsblues vernehmbar, wie etwa Till Rieger, langjähriger ARD-Korrespondent auf dem Balkan, beobachtet.

Achillesferse Balkan?

Die Mehrdeutigkeit des Beitrittsprozesses zeigt sich besonders mit Blick auf den Westbalkan. So hat der Europäische Rat den dortigen Staaten – Kroatien,

* In Kooperation mit der Vertretung der Europäischen Kommission in München

Mazedonien, Albanien, Kosovo, Serbien, Montenegro und Bosnien-Herzegowina – bereits 2003 im sog. „Versprechen von Thessaloniki“ die Perspektive einer Aufnahme in die EU zugesagt. Und bis heute vernimmt man aus Brüssel, dass der Beitritt der Westbalkanstaaten eine geostrategische Investition in ein stabiles, starkes und vereinigt Europa ist. Aktuelle Interessen Chinas und Russlands, aber auch der Türkei, in der Region, die einerseits wirtschaftlich motiviert sind, andererseits die europäische Einheit untergraben sollen, unterstreichen die Dringlichkeit der Heranführung des Balkans an die EU. Umgekehrt laivieren aber die Union und ihre Mitgliedstaaten – allen voran Frankreich – in Bezug auf einen Beitrittsfahrplan insbesondere für Albanien und Montenegro. Für den Balkanexperten und österreichischen Europaabgeordneten Lukas Mandl (ÖVP) liegt dies weniger daran, dass beide Staaten ihre Hausaufgaben bei der Annäherung nicht gemacht hätten, sondern vielmehr daran, dass die „Erweiterung in der Öffentlichkeit der westlichen EU-Länder keinen guten Ruf hat und es infolgedessen am politischen Willen mangelt“.

Folge ist ein zunehmender Frust insbesondere unter der jungen Generation auf dem Balkan, wie die Botschafter Nordmazedoniens, Ramadan Nazifi, und Albaniens, Artur Kuko, unisono ausführten: Die Bevölkerungen sehen und spüren die immensen Anstrengungen ihrer Heimatländer, um die Beitrittskriterien zu erfüllen. Für eine historische Aussöhnung mit Griechenland änderte Nordmazedonien sogar den Staatsnamen. „Doch zugleich scheint der Beitritt immer noch nicht greifbar – und der lange Prozess bringt vor allem die Jungen zum Zweifeln – und zum Abwandern“, so Till Rieger. Die EU scheint hier die eigene Glaubwürdigkeit aufs Spiel zu setzen, zeigt sich Mandl selbstkritisch.

Überzeugungsarbeit

Für ihn bedarf der Beitrittsprozess vorrangig der Überzeugungsarbeit innerhalb der EU-27. „Es muss klar werden, dass die Menschen in Albanien oder Nordmazedonien nicht weniger Europäer sind als die in Frankreich und Schweden. Und es muss ebenso anerkannt werden, welchen Annäherungsprozess die Balkanländer bereits durchlaufen haben.“ Auch der Botschafter Nordmazedoniens Nazifi sieht die größte Aufgabe in der Kommunikation: „Die Gesellschaft darf die Erweiterung nicht als eine Gefahr sehen.“ Ebenso wünscht sich sein albanischer Kollege Kuko eine positivere Wahrnehmung der Deutschen hinsichtlich der Erweiterung. Das entbinde zwar die Balkanstaaten nicht davon, auch weiterhin konsequent den Acquis Communautaire umzusetzen, Rechtsstaatlichkeit auszubauen und den Kampf gegen die Korruption entschieden fortzusetzen. Aber zugleich gründe eine glaubhafte Erweiterung auf Vorherseh-

barkeit und Verlässlichkeit. Dazu gehöre auch, dass die Westbalkanstaaten bereits heute über die gemeinsame Zukunft der EU mitdebattieren sollten, so Mandl. Nur so lasse sich dem gegenwärtigen Beitrittsblues entgegenwirken.

Neue Modelle

Vor dem Hintergrund der Erweiterungs- und Beitrittsmüdigkeit auf der einen Seite und der fortwährenden Integrations- und Kooperationsnotwendigkeiten auf der anderen, spricht sich Barbara Lippert dafür aus, für die künftige Erweiterungspolitik zwei grundsätzliche Reformwege zu erwägen:



Barbara Lippert: „Krisen lassen viele am Sinn der Integration zweifeln.“

- Weiter so, aber besser: Im Vordergrund stünde hier die Reform des Verhandlungsprozesses, wie sie bereits zu Teilen der Kommissionsvorschlag vom Februar 2020 andenkt. Zusätzlich regt Lippert an, Zwischenstufen auf dem Weg hin zu einer Vollmitgliedschaft einzubauen. Ein Beispiel wäre ein vorgelagerter Beitritt zum Europäischen Wirtschaftsraum als vorläufige Teilintegration.
- Anders und besser heißt für sie die entgegengesetzte Devise. Dazu gehört die Überlegung, neben einer Vollmitgliedschaft eine Art Juniormitgliedschaft zu etablieren. Die würde zwar einerseits die Brücke über unüberwindbare Heterogenitäten schlagen, andererseits aber eine Zweiklassen-EU begründen. Alternativ könne die EU mit einer zusätzlichen Ebene – einem Europäischen Politik- und Wirtschaftsraum – „überdacht“ werden. Dabei sollten fortgeschrittene Länder wie Ukraine, Georgien oder perspektivisch auch die Republik Moldau Gelegenheit bekommen, diesem Joint Venture als gleichberechtigte Partner beizutreten.

Auf jeden Fall müssen die gegenwärtigen und künftigen Mitglieder der EU lernen, mit Ungleichzeitigkeit und Unvollkommenheit umzugehen – bei unbedingter Wahrung der Rechtsstaatsprinzipien, wie Rebecca Harms, ehemalige Vorsitzende der grünen Fraktion im Europäischen Parlament, anmahnt.

Die künftige politische Karte Europas

Gerade in Hinblick auf die möglichen Kandidaten für eine Annäherung an die EU wird deutlich, wie sinnvoll abgestufte Beitritts- bzw. Assoziierungsmodelle sind.

- Für die Staaten des westlichen Balkans sind mit dem laufenden Beitrittsprozess die Entwicklungslinien hin zu einer vollwertigen Unionsmitgliedschaft vorgezeichnet. Dafür gibt es gute Gründe: Geografisch ist der Westbalkan keine Nachbarregion der EU, sondern liegt mittendrin. Geostrategisch verdeutlichen gerade die externen Bemühungen um die Region, wie sinnvoll eine Integration ist. Politisch sind die Balkanstaaten auf einem guten Weg, EU-Recht und -Standards umzusetzen und gesellschaftlich liegt eine umfassende Zustimmung zu einem Beitritt vor.

- Eine andere Situation zeichnet sich in der Ukraine und der Republik Moldau ab, so Cristina Gherasimov von der Deutschen Gesellschaft für Auswärtige Politik. In beiden Ländern sind die Gesellschaften polarisiert: einerseits in Anhänger einer Annäherung an die EU; andererseits in Befürworter der Eurasischen Integration und damit einer engeren Anbindung an Russland. Dabei verlaufen die Konfliktlinien sowohl zwischen Generationen als auch zwischen Regionen. Auch wenn im Falle der Ukraine laut Gherasimov die Revolution von 2014 eine Art „Game Changer“ in Richtung europäischer Integration war, besteht dieses grundsätzliche Dilemma nach wie vor.



Cristina Gherasimov plädiert nicht für einen mittelfristigen Beitrittsprozess mit der Ukraine und der Republik Moldau.

© Bektas/Winterer (APB)

Insofern plädiert sie dafür, mittelfristig keinen Beitrittsprozess anzustreben. Vielmehr sollte die EU Kooperationsformen suchen, die wirtschaftlichen Austausch fördern und lokale Verwaltungen und Zivilgesellschaft stärken.

- Auch die Situation im südlichen Kaukasus ist ähnlich zwiespalten, wie Franziska Smolnik von der Stiftung Wissenschaft und Politik darstellt. Im Falle von Georgien liegt ein öffentliches Bekenntnis zur Zugehörigkeit zu Europa vor, wobei die Westintegration sogar als Verfassungsziel verankert ist. Gleichwohl weist der Staat Defizite bei der Umsetzung bereits bestehender Abkommen auf, die – zusätzlich zu geografischen Argumenten – eine Beitrittsperspektive in die Ferne rücken lassen. Anders gestaltet sich die Entwicklung in Armenien: Trotz des 2018 ratifizierten Kooperationsabkommens mit der EU (CEPA) strebt es gegenwärtig einen Beitritt zur Eurasischen Union an. Dennoch spielt die EU auch weiterhin als Handels-

partner eine relevante Rolle, die sogar so weit geht, dass EU-Regelungen, etwa beim Umweltschutz oder Lebensmittelsicherheit, übernommen werden. Insofern sind die Entwicklungen zu divers für eine einheitliche Kaukasusstrategie der EU: Der Fokus sollte vielmehr auf wirtschaftliche Zusammenarbeit gelegt werden – mit Impulsen hin zur Stärkung der Rechtsstaatlichkeit.

- Auch im Falle der Türkei erscheint auf lange Sicht höchstens eine Teilmitgliedschaft bzw. Teilintegration in die EU denkbar. Denn bei aller Frustration um die durch den politischen Kurswechsel von Präsident Erdoğan verwirkte Beitrittsperspektive hat die heutige Lage dazu geführt, dass künftig – bei einer möglichen rechtsstaatlichen und pro-europäischen Wende der Türkei – auf beiden Seiten mehr Ehrlichkeit und Realitätssinn den Annäherungsprozess begleiten werden, so die Annahme von Hanna Mühlenhoff (Universität van Amsterdam). Bis dahin sollte die Union ihren Fokus auf die Unterstützung der Zivilgesellschaft sowie die Verstärkung der Zollunion legen und auf die Einhaltung von Menschenrechten hinwirken.

Normativer Kompass

Der Blick auf Europas Osten verdeutlicht eines: Es handelt sich um eine hochkomplexe Nachbarschaft, die durchaus Auswirkungen auf Stabilität, Sicherheit und Wohlstandsniveau in ganz Europa hat. Zugleich wird deutlich, dass die EU kein klares Bild hat, wie sie diese Nachbarschaft gestalten und fortentwickeln soll.

Zuvörderst sollte sich die Union die Frage nach den normativen Zielsetzungen ihrer Erweiterungs- bzw. Nachbarschaftspolitik jenseits des Balkans stellen: Geht es hierbei um eine Heranführung an die EU? Um Demokratie- und Rechtsstaatsförderung? Um den Aufbau einer Zivilgesellschaft? Um das Verfolgen geostrategischer Interessen? Sodann müssen Fragen nach den möglichen Entwürfen gestellt werden: Welche alternativen Europa-Konzepte jenseits einer engen EU sind sinnvoll? Wie sollte eine Teilmitgliedschaft gestaltet werden, wie könnte eine Teilintegration aussehen? Welche Assoziierungsformen sind denkbar?

All das sind Fragen, die nicht alleine in Brüssel oder den Hauptstädten der Mitgliedstaaten beantwortet werden können, sondern die einer offenen, europaweiten gesellschaftlichen und politischen Debatte bedürfen – wenn das Projekt Europa künftig vor allem auch von seinen Bürgern mitgetragen werden soll. 

Andreas Kalina

Klimaschutz als globale Herausforderung

Die Folgen des Klimawandels sind bereits heute nachweisbar: vermehrte Extremwetterereignisse, ein steigender Meeresspiegel, Artensterben, Wassermangel und Erosion der Böden.

DIE DURCHSCHNITTSTEMPERATUR auf der Erde steigt aufgrund der zunehmenden Konzentration von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen in der Atmosphäre kontinuierlich an. Jedes der letzten drei Jahrzehnte war an der Erdoberfläche wärmer als alle vorangehenden seit 1850. Hauptursache für diese Veränderungen ist der Mensch, der den Treibhauseffekt über sein natürliches Niveau hinaus verstärkt.

Globale Risiken

Eberhard Faust ist Forschungsleiter für Klimarisiken und Naturgefahren beim Münchner Rückversicherer Munich Re. Er war am Fünften Sachstandbericht des Weltklimarats (IPCC) beteiligt. Der studierte Diplom-Geoökologe und evangelische Theologe stellte neueste Forschungsergebnisse zum Klimawandel vor. Das jüngste Weltwirtschaftsforum im Januar in Davos nannte die vier wahrscheinlichsten globalen Risiken, die alle etwas mit dem Klimawandel zu tun haben: Extremwetter, das politische Versagen, rechtzeitig auf den Klimawandel zu reagieren, Naturkatastrophen und Verluste an Artenvielfalt.

Extreme Wetterereignisse

Der Sonderbericht des IPCC vom August 2019 stellt fest, dass seit der vorindustriellen Zeit die Temperatur über den Landflächen nahezu doppelt so stark gestiegen ist wie die globale Mitteltemperatur. Von 1850



Extreme Wetterereignisse wie Überschwemmungen kommen immer häufiger und intensiver vor.

© pxhere CC0 1.0



Der Klimawandel hat zu Dürre und Verschlechterung der Böden in vielen Regionen der Erde beigetragen.

© Sven Lachmann/pixabay.com CC0 1.0

bis 1900 und zwischen 2006 und 2015 ist die mittlere Lufttemperatur über den Landflächen jeweils um 1,53 °C gestiegen. Der Klimawandel, inklusive den Anstiegen in Häufigkeit und Intensität von extremen Wetterereignissen, hat in negativer Weise die Nahrungsmittelsicherheit und die Ökosysteme beeinflusst. Er hat zur Verwüstung und Verschlechterung der Böden in vielen Regionen der Erde beigetragen.

Nach der Einschätzung von Eberhard Faust kommt die Politik auf deutscher und europäischer Ebene angesichts dieser Herausforderungen aber langsam in Fahrt und nimmt Schwung auf. Dies wertet Faust auch als einen Erfolg der „Fridays for Future“-Bewegung, sagt aber gleichzeitig: „Zunächst sind dies einmal nur Ankündigungen, noch keine Taten.“

Emissionsrechtehandel

So sieht das Klimapaket der Bundesregierung vom Oktober 2019 Klimaziele für das Jahr 2030 vor: Die Treibhausgasemissionen sollen um 38 Prozent gegenüber 2005 verringert werden. Dazu wird zunächst ein Fixpreis je Tonne CO₂-Emission von 25 Euro im Jahr 2021 eingeführt, der langfristig in den EU-Emissionsrechtehandel integriert werden soll. Er steigt 2025 auf 55 Euro pro Tonne und ab 2026 soll es einen Preiskorridor von 55 bis 65 Euro pro Tonne geben.

Der „Green Deal“ der neuen EU-Kommission hat sich weitreichende Klimaziele gesteckt: Die EU soll bis 2050 klimaneutral werden. In den kommenden zehn Jahren sollen dafür 1 000 Milliarden Euro Investitionen in Europa getätigt werden. Ziel ist ein „regeneratives Wachstumsmodell“ mit technologischen Weichenstellungen hin zu einer kohlenstoffarmen bzw. -freien Wirtschaftsweise.

Faust nannte Grundtatsachen des vom Menschen verstärkten Treibhauseffekts: „30 bis 40 Kilometer über dem Boden in der Stratosphäre sinkt die Lufttemperatur. Nahe dem Boden steigt sie. Die bodennahe Atmosphäre erwärmt sich am stärksten.“

Die Konsequenz ist eine Zunahme der globalen Mitteltemperatur: So lag sie 2018 um 0,97 °C höher gegenüber der Referenzperiode von 1850 bis 1900: „Neun der zehn wärmsten Jahre fallen auf die Periode seit 2005“, sagte Faust.

Ehrgeizige Ziele

Es brauche einen möglichst schnellen globalen Umschwung in Richtung auf eine kohlenstoffarme Ökonomie. Nur so würden immer gravierendere Risiken wie Hitzewellen, Dürren, Orkane und Überflutungen vermieden werden können, sagte der Klimaforscher. Um zu erreichen, dass die Erderwärmung zwei Grad nicht überschreite, sei eine Reduktion der CO₂-Emissionen bis 2030 gegenüber 2010 um 20 Prozent nötig, bis 2075 um 100 Prozent. Um das etwas ambitioniertere 1,5-Grad-Limit zu erreichen, brauche man eine Reduktion bis 2030 um 45 Prozent, bis 2050 um 100 Prozent. Dafür seien Investitionen in Höhe von 900 Milliarden US-Dollar pro Jahr bis 2050 erforderlich.

Zusammenfassend meinte Faust: „Das grundlegende Problem der ‚Tragödie des Gemeinwohls‘ (‚Tragedy of the Commons‘) lässt sich nur lösen durch glaubwürdige Selbstverpflichtung der beteiligten Staaten auf der Basis von geteiltem Wissen und Implementierung einer darauf bezogenen Kontrollmöglichkeit des zugesagten Antwortverhaltens.“ Das sei der Weg der internationalen Klimapolitik und des Pariser Vertrags.

Rechtsanwalt Arne Riedel vom Berliner Ecologic Institut unterstützt das Bundesumweltministerium (BMU) seit 2016 bei den Verhandlungen zur Klimarah-

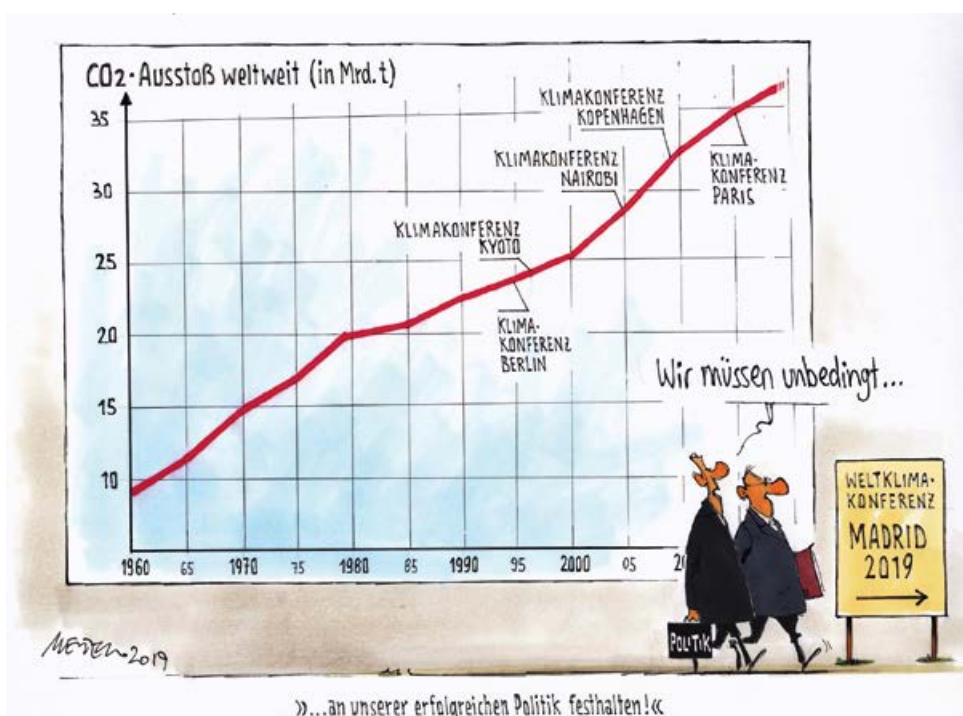
menkonvention und dem Pariser Abkommen. Er bot einen Blick hinter die Kulissen und die Praxis multinationaler Verhandlungen zur Klimapolitik. Ausgangspunkt internationaler Klimaverhandlungen sei die Erkenntnis, dass Staaten sowohl Verursacher als auch Verhinderer des Klimawandels sind. Die problematischen Emissionen sind alle durch wirtschaftlich relevante Aktivitäten dieser Staaten entstanden und sie seien eng verknüpft mit der wirtschaftlichen Entwicklung. Die Staaten würden sich mit den Verhandlungen ihrer historischen Verantwortung stellen und würden insbesondere die Auswirkungen auf den globalen Süden im Blick haben.

Verbindlichere Ziele

Mit dem Kyoto-Protokoll von 1997 wurden die Absichtserklärungen verbindlicher. Es gab erstmals die rechtliche Verpflichtung zur Senkung von Emissionen, quantifizierte Emissionsbegrenzungen und Minderungsziele. Die Verpflichtungszeiträume waren von 2008 bis 2012: 5,2 Prozent Emissionsminderungen gegenüber 1990. Das Protokoll wurde bis zum Februar 2020 von 144 Staaten unterzeichnet. Unter anderem mit dem Emissionshandel sollten diese Ziele erreicht werden.

Der Blick hinter die Kulissen zeigt laut Riedel, dass das „Stück“ lang und komplex ist. Die Akteure verfolgen ihre jeweils eigenen Interessen und sind doch ein Ensemble. Die Erwartungen des Publikums sind enorm, doch sei kein großer Applaus zu erwarten. Und doch laufe das „Stück“ seit 25 Jahren.

Michael Schröder



© MESTER

Bürokratie als Freund oder Feind?

Für eine gesunde Demokratie ist es wichtig, dass diejenigen, die uns und unsere Meinungen auf den unterschiedlichsten Niveaus des politischen Systems repräsentieren (sollen), diese Repräsentativität ernst nehmen, um das Vertrauen der Wähler nicht zu enttäuschen.

IM AKTUELLEN politischen Diskurs wird oft Kritik am repräsentativen System geübt. Eine besonders große Irritation löst die Bürokratie aus. Kritiker werfen ihr meist vor, die Repräsentativität zu schwächen und so die Kontakte zwischen Bürgern und Politik zu verkomplizieren und/oder zu unterminieren. Diese Irritation ist auf lokaler, nationaler und europäischer Ebene spürbar.

Der Workshop „Die Maschinerie des Staates“ beschäftigte sich eingehend mit den Aufgaben und Grenzen der Bürokratie, mit ihren grundlegenden Elementen und ihrer sozialen Bedeutung. Ziel war es, diese Irritation ernst zu nehmen und zu verstehen, ob es objektive Gründe für sie gibt. Vor allem ging es darum, einen Weg zu finden, diese Gründe gegebenenfalls anzugehen und damit die Irritation zu lösen.

Beziehung Bürger und Staat

Die Bürokratie lässt sich nicht als eine bloß unangenehme Last beiseiteschieben oder sogar abschaffen. Ihr und vor allem denjenigen, die bürokratische Tätigkeiten täglich und auf unterschiedlichen Niveaus ausüben, kommen in unserer Gesellschaft besondere Aufgaben zu, die das Funktionieren der ganzen staatlichen (und überstaatlichen) Ordnung ermöglichen. Ziel der Veranstaltung war es, die praktischen Anwendungen der Bürokratie zu thematisieren und ihre Beziehung zu den Bürgern und dem Staat zu problematisieren. Es gab lebendige Diskussionen zwischen Teilnehmern und Experten über diese Aspekte der Bürokratie sowie ihrer Kritiken und Grenzen. Die unterschiedlichen Perspektiven auf unseren politischen Alltag kamen produktiv miteinander ins Gespräch.

Besondere Merkmale der Bürokratie und ihrer Entwicklung in der Geschichte der menschlichen Beziehungen wurden von Julian Müller (Universität München) durch einen Ausflug in die klassische so-



© CHRISTIAN SCHNETTELKER (WWW.MANOFTASTE.DE) CC BY 2.0

ziologische Theorie sowie in Literatur und Kunst ans Licht gebracht. Sein Eröffnungsvortrag spannte den Bogen von Max Weber bis zur zeitgenössischen Filmographie und Fotografie. Er beleuchtete, welche Aspekte der sozialen Organisation im Laufe der Zeit bürokratisiert wurden, wie diese Aspekte sich verändert haben und welche von ihnen ein wichtiger Teil unseres gemeinsamen Lebens geworden sind.



Julian Müller spannte einen weiten Bogen über die Geschichte der Bürokratie.



Berthold Vogel plädierte für mehr Verantwortung des öffentlichen Handelns.

Es ist zu einfach und wäre schädlich für unsere Gesellschaft, sich nur auf die negativen Aspekte der Bürokratie zu konzentrieren. Oft sind dies Beschreibungen, die sie als Maschine zeigen, die unabhängig von menschlichen Faktoren funktioniert.

Einseitiges Bild

Um dieses einseitige Bild zu vermeiden, stellte Berthold Vogel (Universität Göttingen) die unterschiedlichen Aspekte eines „Amtsethos“ der Bürokraten dar. Er plädierte für eine Verbesserung der (Organisation der) Leistungen, der Legitimation sowie der Verantwortung des öffentlichen Handelns, um die Bürokratie als Kernbereich des demokratischen Feldes vor der „inneren Erosion“ zu retten, in die sie geraten sei.

Die Bürokratie als soziales Phänomen sollte aber nicht nur aus einer theoretischen, sondern auch aus einer praktischen Perspektive betrachtet werden.



Astrid Séville differenzierte zwischen Bürokratie und Technokratie.

Astrid Séville (Universität München) widmete sich der häufig mit der Bürokratie verwechselten Technokratie. Sie differenzierte zwischen Technokratie und „Depolitisierung“ und wies dafür auf eine Änderung des politischen Diskurses hin. Ihr Beitrag mit seinen Hinweisen auf die Responsivität der Politik und auf die „Legitimationsbeschaffung“ funktionierte als

Scharnier zwischen dem ersten Teil des Workshops und seinem zweiten Teil, dessen Fokus auf den Verwaltungswissenschaften lag.

Beziehungspflege

Aus dieser praktischeren Perspektive skizzierten Daniela Strüngmann und Nicolai Dose (beide Universität Duisburg-Essen) die unterschiedlichen Weisen, auf die die Bürger sich auf die Bürokratie beziehen und umgekehrt, sowie die Möglichkeiten, diese Beziehung zur Bürokratie zu verbessern. Strüngmann beleuchtete, wie allgemeine Einstellungen in Bezug auf Bürokratie von einer Kombination aus persönlichen Erfahrungen, Gesprächen in Freundeskreisen und Medienberichterstattungen abhängen. Dabei

sind die konkreten Leistungen häufig weder im positiven noch im negativen Sinn entscheidend. Dose setzte sich für „Entbürokratisierungsbemühungen“ ein, die die Kritik gegenüber der Bürokratie spiegeln, ihre Vorschriften seien für Lösungen zu detailliert. Sie würden eher eine Last für Bürger und Staat darstellen.



Daniela Strüngmann: „Bei der Beurteilung von Bürokratie sind die konkreten Leistungen nicht entscheidend.“



Nicolai Dose setzt sich für „Entbürokratisierungsbemühungen“ ein.

© Winterer (APB)

Das wichtigste Ergebnis unseres Workshops: unser Verständnis der Bürokratie im Sinne einer Verbesserung unserer Beziehung zu diesem unverbrüchlichen Bestandteil unserer sozialen Entwicklung und damit unserer Gesellschaft fortentwickeln. Sobald die Beziehung zwischen Bürgern und Bürokratie eine positivere und produktivere Form angenommen haben wird, wird auch ein relevanter Teil der Kritik am repräsentativen, demokratischen System eine Antwort finden.



Roberta Astolfi



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

Frauen in der Wissenschaft

Bereits vor über 30 Jahren begann eine Tagungsreihe zur Gleichstellung von Frauen in der Wissenschaft, die bis zum Jahr 2008 insgesamt elf Tagungen umfasste.

SCHON BALD nach Einführung des neuen Amtes der Frauenbeauftragten an bayerischen Hochschulen im Oktober 1988 wurde im Mai 1989 in München u.a. die Konstituierung einer „Landeskonferenz der Frauenbeauftragten an Bayerischen Hochschulen (LaKoF)“ beschlossen. Im Dezember 1989 lud die LaKoF zu einer ersten Tagung nach Tutzing ein, die den Auftakt zu einer neuen Veranstaltungsreihe unter dem Titel „Sachverstand im Konflikt“ bildete.

Nach dem Beginn in der Evangelischen Akademie war die Landeskonferenz mit ihrer zentralen Fortbildung in den Folgejahren mehrfach in unserer Akademie zu Gast. Mit unterschiedlichen Schwerpunkten wurde auf diesen Treffen die mangelnde Chancengleichheit von Frauen in der Wissenschaft beklagt und einer profunden Analyse unterzogen. Im Zentrum stand dabei die Erörterung der Frage, warum von den etwa 50 Prozent Studentinnen seit den 1970er Jahren in der Bundesrepublik – und nur hier – ein Anteil von gerade einmal knapp fünf Prozent als Professorinnen die vollkommene Gleichstellung mit ihren männlichen Kollegen erreichten.

Männliche Dominanz

Schuld daran sei, nach einheitlicher Einschätzung der versammelten Frauenbeauftragten, die „Totalität der Bedingungen“ im überkommenen deutschen Universitätsbetrieb. So sei „die Universität in ihrer Tradition durch und durch männlich geprägt, ein nennenswerter Anteil von Frauen in höheren Positionen werde nicht erwartet und in vielen Fakultäten bestünden noch gravierende Vorurteile gegen die Eignung von Frauen dafür.“ Mit einer baldigen Änderung dieser rigiden Einstellung sei überdies so schnell nicht zu

rechnen. Umso dringlicher seien die Verbesserung der universitären Rahmenbedingungen und die Einführung von Sonderprogrammen für das weibliche Wissenschaftspersonal, um die notwendige „Bewusstseinsbildung für mehr Gerechtigkeit“ zu unterstützen und die „strukturelle Diskriminierung“ überwinden zu helfen.

Akademikerinnen auf dem Vormarsch

Seit den frühen Treffen der Frauenbeauftragten in Tutzing zu Beginn der 1990er Jahre haben sich die Chancen für Frauen im Hochschulbereich durchaus verbessert. Dazu hat – neben den vielzähligen Aktivitäten der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten – insbesondere der Ausbau von speziellen Frauenförderprogrammen beigetragen. Nach den Zahlen des Statistischen Bundesamtes für 2018 liegt der Frauenanteil am gesamten wissenschaftlichen Personal auf Bundesebene mit absolut 157 872 weiblichen Hochschulbediensteten inzwischen bei rund 39 Prozent (zum Vergleich die Zahlen für 1997: 54 389 Frauen beim wissenschaftlichen Personal entsprachen rund 25 Prozent). Weniger gut fällt allerdings noch immer das Ergebnis aus, betrachtet man ihren Anteil innerhalb der Professoren-schaft. Der lag Ende 2018 mit rund 11 900 Professorinnen bei gerade einmal knapp 25 Prozent (die Zahlen

für 1997: 3 392 Professorinnen entsprachen damals rund 9 Prozent). Und noch viel geringer ist der Frauenanteil an der Spitze der Hochschulhierarchie: Unter den insgesamt 3 544 Stelleninhabern von C4-Professuren waren im Jahr 2018 lediglich 414 Professorinnen; das sind nicht einmal 12 Prozent (die Zahlen für 1997: 679 C4-Professorinnen entsprachen mageren 5,5 Prozent). Trotz gewisser Fortschritte bleibt hinsichtlich einer wirklichen Gleichstellung von Frauen und Männern in Forschung und Lehre also noch viel zu tun.

Und doch hätte wohl kaum eine der damals in Tutzing versammelten Frauen ernsthaft erwartet, dass mit Ursula Münch in nicht allzu ferner Zukunft eine Professorin an der Spitze der Akademie für Politische Bildung stehen würde.

Steffen H. Elsner



Ausschnitt aus einem Holzschnitt von Gregor Reisch: Margarita philosophica (Straßburg 1503). Allegorie der Philosophie, die dreiköpfig dargestellt ist. Zu ihren Füßen Logik, Rhetorik, Grammatik, Arithmetik, Musik, Geometrie, Astronomie.

© G. Reisch, Margarita philosophica. (Wellcome Collection. Attribution CC BY 4.0)

Bauhelm-Mission

Energetische Sanierung des Gästehauses

DIE BAUARBEITEN haben fast gleichzeitig mit der Schließung der Akademie wegen der Corona-Krise begonnen: Voraussichtlich bis Ende März 2021 werden Fassade, Dach und Fenster unseres Gästehauses erneuert und anschließend eine Fluchttreppe angebaut. Der Tagungsbetrieb ist derzeit wegen der Pandemie eingestellt. Er wird nach Aufhebung der Beschränkungen trotz der laufenden Bauarbeiten wieder aufgenommen – aber mit deutlich weniger Tagungsgästen als normal. Für das Bauprojekt stellt der Freistaat Bayern rund drei Millionen Euro zur Verfügung.

Seit Ende Februar steht das Baugerüst. „Wir sind froh, dass die Bauarbeiten endlich beginnen. Unsere Gäste haben sich zu Recht über den Zustand der Fenster beschwert“, sagt Akademiedirektorin Ursula Münch. Die schrittweise Erneuerung und energetische Sanierung des Gebäudes beginnt mit dem Dachgeschoss und wird nach unten hin fortgesetzt. So stehen während der Bauarbeiten maximal 40 der insgesamt 72 Gästebetten zur Verfügung.



Akademiedirektorin Ursula Münch und Verwaltungsleiter Josef Hammerschmid vor dem Aufbau des Gerüsts am Gästehaus
© Winterer (APB)



Die energetische Sanierung des Gästehauses reduziert bis März 2021 die Zahl der Zimmer.
© Schröder (APB)

Die Fassade des Gästehauses wird neu verkleidet und wie auch das Dach gedämmt. Alle Zimmer erhalten neue Fenster und Heizkörper. Auf der Seeseite des Gebäudes wird eine Fluchttreppe installiert.

Um unsere Gäste möglichst wenig zu beeinträchtigen, wird stockwerkweise saniert und jeweils nur eine Etage vollständig gesperrt. Der Gästeparkplatz 1 ist nicht offen und der Parkplatz 2 auf dem südlichen Grundstück wurde deshalb für die Bauphase erweitert.

Gäste aus dem Umland können zu Hause übernachten und täglich zur Akademie fahren. Sie nehmen an den Mahlzeiten teil und bezahlen eine ermäßigte Tagungsgebühr. Gäste, die sich privat eine Unterkunft buchen, erhalten eine Ermäßigung auf den Tagungspreis und alle Mahlzeiten im Rahmen der Tagung. Wer nur einen Teil der Tagung verfolgen möchte, kann zum Preis von 20 Euro als Tagesgast teilnehmen – Verpflegung inklusive.



BW/MS

Kuratorium

Prof. Ursula Männle, stellvertretende Vorsitzende unseres Kuratoriums, ist im April die Ehrenbürgerwürde der Gemeinde Tutzing verliehen worden. Wir gratulieren sehr herzlich zu dieser Auszeichnung und freuen uns mit ihr.

Sie war von 1970 bis 1976 Assistentin an der Akademie, bevor sie als Professorin an die Katholische Stiftungsfachhochschule München am Standort Benediktbeuern berufen wurde. Sie war 1979/1980 und von 1983 bis 1994 Mitglied des Deutschen Bundestages und von 1994 bis 1998 Bayerische Staatsministerin für Bundesangelegen-

heiten. Als Landtagsabgeordnete vertrat sie von 2000 bis 2013 den Stimmkreis Starnberg. Seit Mai 2014 bis zum Jahresende 2019 war sie Vorsitzende der Hanns-Seidel-Stiftung.

Beirat

Eike Hallitzky, Landesvorsitzender der bayerischen Grünen, vertritt seine Partei ab sofort im Beirat der Akademie. Er folgt auf **Sigi Hagl**, bei der wir uns für die Unterstützung in den letzten Jahren herzlich bedanken. Wir freuen uns auf die Fortsetzung der konstruktiven Arbeit mit ihrem Nachfolger.



Thomas Schölderle

Verfassungspatriotismus Zum 50. Geburtstag einer Wortschöpfung

Akademie-Kurzanalysen,
1/2020

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2020

ISBN-13: 978-3-9821033-
0-3, 19 Seiten

Politische Theorie

Verfassungspatriotismus

Zum 50. Geburtstag einer Wortschöpfung

AM 27. JANUAR 1970 nutzte Dolf Sternberger in einem Beitrag für die Frankfurter Allgemeine Zeitung erstmals das Wort »Verfassungspatriotismus«. In jeder Gesellschaft brauche es »ein ausreichendes Maß von Verfassungspatriotismus«, schreibt Sternberger, da diese andernfalls an ihren Interessengegensätzen zu zerbrechen drohe. Die Wortschöpfung fand zunächst keine erkennbare Resonanz. Dies änderte sich erst mit einem weiteren Zeitungsbeitrag: Am 23. Mai 1979 gab Sternberger einem Leitartikel in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung aus Anlass des 30. Jahrestags der Verkündung des Grundgesetzes den kurzen und prägnanten Titel Verfassungspatriotismus. Der Beitrag war vor allem eine Würdigung der noch recht jungen bundesrepublikanischen Verfassung.

Drei Jahre später gelangte der Begriff dann endgültig zum Durchbruch: Sternberger hielt anlässlich des 25-jährigen Bestehens der Tutzingen Akademie für Politische Bildung beim Festakt im Münchner Maximilianeum den Festvortrag. Wieder lautete der Titel „Verfassungspatriotismus“.

Der Publikationsreferent der Akademie, Dr. Thomas Schölderle, spürt in seiner Analyse der Entstehung und der Rezeption des Begriffs nach.



Michael Schröder

Die Twitter-Demokratie Der Strukturwandel politischer Kommunikation durch digitale Medien

Akademie-Kurzanalysen,
2/2020

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2020

ISBN-13: 978-3-9821033-
1-0, 16 Seiten

Medien

Die Twitter-Demokratie:

Der Strukturwandel politischer Kommunikation durch digitale Medien

DIE DIGITALE TRANSFORMATION läuft auf Hochtouren und erfasst alle Bereiche: Staat, Gesellschaft und Wirtschaft. Sie macht auch vor den Medien und dem politischen System nicht Halt.

Viele Mediennutzerinnen und -nutzer sind angesichts dieser sich rapide ändernden Medienlandschaft und ihrer neuen Phänomene verunsichert. Um die Wirkungsweise und Mechanismen dieser neuen digitalen Medienwelt zu verstehen, ist kritisches Denken – also Medienkompetenz – gefragt. Dafür müssen Medienbildung und politische Bildung mehr denn je zusammenwachsen.

Der Autor ist Dozent für Politische Kommunikation und Journalismus an der Akademie für Politische Bildung und fordert, dass Projekte zur Förderung digitaler Bildung und Demokratiekompetenz den häufig an Risiken orientierten und dystopischen Diskursen zur Digitalisierung entgegengestellt werden. Nur so ließen sich die Herausforderungen für Staat, Gesellschaft und Wirtschaft durch die Digitalisierung meistern und vor allem politisch gestalten.

Die Kurzanalysen sind bei der Akademie kostenlos erhältlich und stehen als pdf-Download bereit unter:
<https://www.apb-tutzing.de/publikationen/kurzanalysen.php>.





© SCHRÖDER (APB)

Eine Auswahl von Tagungen der Akademie im Juli

Juli **70 Jahre Soziale Marktwirtschaft und 30 Jahre Deutsche Wiedervereinigung** 27-1
3. – 5.
Bilanz und Perspektiven des deutschen Modells

In Kooperation mit dem ifo-Institut Dresden

Leitung: Wolfgang Quaisser/Joachim Ragnitz
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17

Juli **Die Besserwisser-Gesellschaft** 28-1
10. – 12. Glaubwürdigkeitskrise der Experten im digitalen Zeitalter
Leitung: Andreas Kalina
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

Juli 23. Passauer Tetralog 28-7
12. **Angekommen in Europa?**
Die osteuropäischen Mitgliedstaaten der Europäischen Union
Gesprächskreis im Rahmen der Festspiele Europäische Wochen Passau
In Zusammenarbeit mit der Universität Passau und den Europäischen Wochen Passau
Leitung: Heinrich Oberreuter/Manfred Schwarzmeier
Sekretariat: Alexandra Tatum-Nickolay Tel. +49 8158 256-17
Veranstaltung an der Universität Passau

Juli **Planspielwerkstatt** 30-2
22. – 24. Entwicklung von Politiksimulationen
Leitung: Michael Schröder
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

Juli **Dynamiken der Verfolgung und Vernichtung** 30-1
24. – 26. Der Holocaust in Europa
In Zusammenarbeit mit der Konrad-Adenauer-Stiftung, Büro Jerusalem
Leitung: Michael Mayer/Alexander Brakel
Sekretariat: Antonia Kreitner Tel. +49 8158 256-58

BITTE BEACHTEN

Wegen der bei Redaktionsschluss noch gültigen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie stehen derzeit noch einige Programmankündigungen unter Vorbehalt. Wir bitten um Verständnis. Bitte beachten Sie die aktuellen Programmhinweise sowie unsere digitalen Angebote auf unserer Webseite: www.apb-tutzing.de

Wir freuen uns, wenn wir Sie möglichst bald wieder als Gäste eines halbwegs normalen Tagungsbetriebs in unserer Akademie begrüßen können.

Tiefgang am See



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch hielt bei einer Veranstaltung des Münchner Asam-Gymnasiums den Eingangsvortrag „Der Streit um das Klima: Wenn Prognosen auf Interessen stoßen“ und nahm an der von Schülerinnen und Schülern moderierten Podiumsdiskussion teil. Bei den „Ruhstorfer Begegnungen“ sprach sie über „Steigende Erwartungen, sinkendes Vertrauen – das Dilemma der (Kommunal-)Politik“. Vor der Vereinigung ehemaliger Abgeordneter des Bayerischen Landtags analysierte die Direktorin im Maximilianeum die Phänomene Politikverdrossenheit und Elitenkritik und referierte über die (zu diesem Zeitpunkt noch aktuelle) Krise der Volksparteien. Im Rahmen der Veranstaltungsreihe „Offene Tore“ der Münchner Pfarrei Herz Jesu trug Ursula Münch – mit musikalischer Begleitung – zum Thema „Gesplante Gesellschaft – Ein Problem und seine Lösung“ vor. Das pädagogische Wochenende der Berufsschule Donauwörth zum Thema Schulentwicklung war der Anlass für einen Austausch über „Werte für die digitalisierte Welt – Demokratie unterrichten“. An der Universität der Bundeswehr moderierte sie eine vom Bundeswehrverband veranstaltete Podiumsdiskussion unter anderem mit dem Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages, Hans-Peter Bartels, zum Thema „Wie viel EU(-Bürger) verträgt die Bundeswehr?“ Ebendort hielt sie im Wintertrimester ein Bachelorseminar über das politische System der Bundesrepublik. Ein Vortrag vor den Fachreferenten oberfränkischer Gymnasien am 9. März 2020 war der vorläufig letzte auswärtige Vortragstermin, bevor Corona für eine rapide Leerung der Terminkalender sorgte. Das schuf Platz für die im Editorial erwähnten Formate der Akademie und ließ Medienauftritte wie bei der „nachtlinie“ des Bayerischen Rundfunks mit Andreas Bönke oder den Sonntags-Stammtisch u. a. mit Hans-Werner Kilz erst Recht zum Vergnügen werden.

Kollegium

Dr. Anja Opitz sprach zum Sicherheitspolitischen Jahresauftakt des österreichischen Bundesministeriums für Landesverteidigung über „Pandemien als Resilienzgefährdende Bedrohung“. Im Rahmen der Münchner Sicherheitskonferenz diskutierte sie im Bayerischen Landtag zum Thema „Wieviel Sicherheit braucht Europa?“. Auf der Munich Young Security Conference referierte Opitz über „Global Health Security“ und „EU Security and Defence – The way forward“.

Prof. Dr. Peter Hampe konnte im März seinen 80. Geburtstag feiern. Wir gratulieren dem ehemaligen Kollegen nachträglich sehr herzlich und wünschen alles Gute und weiterhin geistige Schaffenskraft und gute Gesundheit. Er war 1980 zunächst Assistent und ab 1981 bis 2005 Dozent an der Akademie. Als bayerischer Landesvorsitzender der Deutschen Vereinigung für Politische Bildung von 1992 bis 2009 setzte er sich für die Belange der politischen Bildung vielfältig ein. Die TU Dresden ernannte ihn 2001 zum Honorarprofessor.